Nummer 10 Berlin, den 5. März 1926 38. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O.34, Memeler Str. 8/9
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Rehms, Berlin O.34 Memeler Straße 8/9 (Postscheckkonto 5386), zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreigespaltene Zeile.

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik.

Das Programm der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

††† Im Dezember 1925 veröffentlichte der Reichsverband der deutschen Industrien eine Untersuchung der gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Gütererzeugung und der Güterverteilung. Die Arbeit trug den Titel „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik". Sie war das Ergebnis langwieriger Beratungen und vieler Kompromisse im Unternehmerlager und verfolgte zwei Hauptziele: Einmal sollte die Arbeit die breiten Massen im Lande beeinflussen. Diesem Zwecke diente eine ganz hervorragende Regie. Das Büchlein des Reichsverbandes wurde in ungezählten Exemplaren im Lande verteilt. Dazu wurde schlagartig die gesamte, dem Unternehmertum dienstbare Presse, von den großen Zeitungen angefangen bis zum kleinsten Käseblatt, mobilisiert. Das andere Ziel war, das Ergebnis der Untersuchung bzw. der einzelnen Kompromisse zur Unterlage für ein Wirtschaftsprogramm in Deutschland zu machen, das, wie der Reichsverband in der Vorrede zu seinem Büchlein betont, „von allen Kreisen gebilligt wird", da die Not der Zeit — eine immerhin sehr interessante Feststellung im Unternehmermund — „Gemeinschaftsarbeit und keinen Kampf erfordert".

Wenn der Reichsverband dieses Ziel ehrlich verfolgt, hätte erste Vorbedingung sein müssen, die Untersuchung nicht hinter verschlossenen Türen starten zu lassen. Jedenfalls wird sich der Reichsverband wohl auch keinen Augenblick der falschen Hoffnung hingegeben haben, daß sich der große und mächtige Faktor der deutschen Wirtschaft, die Gewerkschaften, ein Wirtschaftsprogramm suggerieren lassen. Es ist in den Gewerkschaften allgemeine Erkenntnis, daß ihre sozialpolitischen Forderungen auf das engste mit der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mit dem Gesamtaufbau der Gütererzeugung und Güterverteilung zusammenhängt. Deshalb haben die Gewerkschaften für die Arbeitnehmerschaft das Mitbestimmungsrecht auf allen Gebieten der Wirtschaftsgestaltung beansprucht und dementsprechend programmatische Forderungen für die Wirtschaftspolitik erhoben. Die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften sind der Oeffentlichkeit nicht unbekannt. Wenn diese nun gegenüber der Veröffentlichung des Reichsverbandes der deutschen Industrien (Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik) Gelegenheit nehmen, die brennenden wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen zusammenfassend darzustellen, erscheint das schon aus dem Grunde notwendig, dem Einfluß der Veröffentlichung des Reichsverbandes auf den Kurs der amtlichen Wirtschaftspolitik das erforderliche Gegengewicht entgegenzusetzen.

Die Gegenschrift der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ist eine eingehende sachliche, von keiner Leidenschaft getrübte Untersuchung der Verhältnisse der deutschen Wirtschaft und wird als Broschüre unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik" in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheinen. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich viele Vorschläge der Gewerkschaften mit den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrien decken. Hier handelt es sich um solche Forderungen, die aus dem gegenwärtigen Zustand unserer Wirtschaft geboren und als Wirtschaftsnotwendigkeiten zu bezeichnen sind. Zu diesen Forderungen führte im Lager der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber die Diagnose der gegenwärtigen Wirtschaft. Während aber der Reichsverband der deutschen Industrien sich auf die Diagnose beschränkt, ging die Untersuchung der Gewerkschaften auf eine Analyse der ursächlichen Zusammenhänge über. Das ist ein Umstand, der der Arbeit der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen das besondere Gepräge gibt, auch für die Maßnahmen, die im Interesse der Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ergriffen werden müssen. Für die wirtschaftspolitische Praxis bedeutet das:

Der Reichsverband doktert im Grunde genommen an den Erscheinungen einer Krankheit herum. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wollen aber den Heilungsprozeß in unserer Wirtschaft von dort aus beginnen, wo jede Heilung erfolgversprechend einsetzen muß, eben bei den Ursachen der Krankheit. Es handelt sich hier also um eine Verschiedenheit der Methoden, die sich materiell in den Vorschlägen der beiden Organisationen, der der Arbeitnehmer und der der Arbeitgeber, auswirken muß.

Auf der gekennzeichneten Grundlage bauen sich nun die Forderungen der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auf. Sie lehnen sich in ihrer Reihenfolge an die Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industrien an. In dieser Reihenfolge geben wir sie auch wieder:

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik.

1. Oeffentliche Finanzwirtschaft. Die Ausgabenverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Gestaltungen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ein, daß es nicht angängig ist, mit der Forderung nach schematischer Sparsamkeit alle notwendigen und dem Fortschritt dienenden Ausgaben abzudrosseln. Insbesondere ist notwendig: eine ausreichende Besoldung der Beamten. Eine angemessene Versorgung der Kriegsopfer, die zurzeit noch fehlt. Die Aufrechterhaltung und der Aufbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Die Aufrechterhaltung und den Aufbau des Schulwesens unter Beseitigung der Unzulänglichkeit der höheren Schulen für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung.

Ersparungen ermöglichen sich durch Vereinfachung der Verwaltung und Richtung auf den Einheitsstaat, durch Befreiung der Länder von den ungerechtfertigten Abfindungen an Fürsten und Fürstenfamilien, durch Ersparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen, wie überhaupt durch äußerste Einschränkung im Etat des Reichswehrministeriums.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern in erster Linie: Offenlegung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Stufen und schärfere steuerliche Erfassung der höheren Einkommen. Volle Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.

2. Tarifgestaltung der Eisenbahnen und Post. Der Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf Herabsetzung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren der Post schließen sich die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände an. Auch hier gilt, wie bei allen Postgebühren, das Prinzip, daß die Rentabilität durch Steigerung des Verkehrs und nicht durch hohe Preise bei eingeschränktem Verkehr erreicht werden soll. Die Finanzgebarung der Reichspost darf, bei aller Erwünschtheit der rechnungsmäßigen Trennung, der Kontrolle der Reichsbehörden des Reichstages nicht entzogen werden. Insbesondere sind die Gelder des Postscheckverkehrs zweckmäßig im Rahmen der Finanzverwaltung anzulegen. Aufgabe der Reichsbahnleitung muß es sein, die Ueberschüsse, wozu sie durch Reparationslasten und die Bestimmung des Reichsbahngesetzes vom August 1924 gezwungen ist, auf dem Wege der Steigerung des Verkehrs zu erzielen, anstatt durch Tarifsteigerung den Verkehr zum Schaden der Wirtschaft zu hemmen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß Post und Bahn sich den Erfordernissen rationeller Preisgestaltung anpassen müssen und daß die Verkehrsverwaltungen in ihrer Politik den Grundgedanken verwirklichen sollen, Diener der Gesamtwirtschaft zu sein.

3. Die sozialen Abgaben. Die sogenannten sozialen Abgaben dienen dem Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände lehnen deshalb jeden Rückschritt der Leistungen auf diesem Gebiete ab. Dagegen fordern sie Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungen und vor allen Dingen schnellste Durchführung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.

4. Lohn und Arbeitszeit. Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Rationalisierung unter Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig. Deshalb fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände: Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts und des Schlichtungswesens; gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

5. Bank- und Kreditwesen. Jede künstliche Neuschöpfung von Krediten ist abzulehnen, da sie preistreibend wirken und bei größerem Umfang die Währung gefährden würden. Durch die Reichsbank, durch die öffentlichen Banken und durch Beeinflussung der Privatbanken ist ein Abbau der Spanne zwischen Soll- und Haben-Zinsen und eine planvolle Kreditverteilung anzustreben, bei der die volkswirtschaftliche Nützlichkeit in der Lenkung des Kapitalstromes mehr berücksichtigt wird als bisher.

6. Handelspolitik. Der Abbau der internationalen Zollmauern, insbesondere aber der deutschen Zollmauern, ist das Gebot der gegenwärtigen Lage. Es kommt darauf an, sich nicht nur über diese Parole zu verständigen, sondern sie auch im Gegensatz zur deutschen Zollpolitik des vergangenen Jahres auf den einzelnen Gebieten ernsthaft zu verwirklichen. Die künftigen Handelsvertragsverhandlungen sind nicht mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des eigenen Zolltarifs, sondern mit dem Bestreben nach Abbau des allgemeinen Zollniveaus zu führen.

Gütererzeugung und Güterverteilung.

1. Rationalisierung. Die Rationalisierung ist notwendig. Sie ist nicht nur eine Betriebs-, sondern auch eine Gewerbeaufgabe. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Massenkaufkraft können die arbeitslosen Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft geübte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnerhöhung durchzuführen, muß die Krise der Ueberproduktion erzeugen. Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen. Die Ausbildung der Arbeitskräfte ist zu fördern. Die Auslese der leitenden Kräfte ist von unsachlichen Einflüssen zu befreien.

2. Konzentration. Die Konzentration ist kein Selbstzweck, sondern eine ständige Erscheinung in der kapitalistischen Wirtschaft. In engem Zusammenhang mit der Rationalisierung von Gewerben steht in vielen Fällen der Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stimmen dem Reichsverband der deutschen Industrien zu, wenn er hervorhebt, daß das Hauptziel der Konzentration verbilligte Erzeugung und Absatzerweiterung durch Preisdruck sein soll. Da der Konzentrationsprozeß in zahlreichen Fällen zunächst Arbeitslosigkeit erzeugt, können ihn die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung einer ausreichenden Erwerbslosenversicherung fördern helfen. Eine Aenderung bestehender Steuergesetze zum Zweck der Erleichterung einer Konzentration kann von ihnen nur bei gleichzeitiger Erhöhung anderer Besitzsteuern gebilligt werden. Der beschleunigte Ausbau einer spezialisierten Produktions- und Umsatzstatistik ist auch zur besseren Beurteilung der Gesamtfragen der Rationalisierung und Konzentration erforderlich.

3. Kartelle. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der irreführenden Ueberschrift der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Preise in der Praxis ausgerichtet wird auf eine ungesunde Hochhaltung der Preise und auf ihre Bemessung nach den Produktionskosten leistungsschwacher Betriebe. Notwendig ist zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechtes, die im besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht vorsehen muß. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonderen, zur Ueberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamtes zu legen.

4. Güterverteilung. Die Konzentration im Warenhandel wird durch die Konkurrenz neuer Formen der Güterverteilung gefördert, die im Sinne des im Interesse der Preissenkung notwendigen Geschäftsprinzips „großer Umsatz, kleiner Nutzen" wirken. Besondere Bedeutung messen die Gewerkschaften den Genossenschaften und Konsumvereinen zu. Solange die Umsatzsteuer weiterbesteht, sind die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher von der Doppelbelastung durch die Umsatzsteuer zu befreien. Kartelle des Handels und des Handwerks müssen genau wie die Industriekartelle der allgemeinen Kartellaufsicht unterliegen. Um dem Handel die volle Möglichkeit zu geben, seine preisausgleichende Funktion zu erfüllen, ist es notwendig, die Einfuhrmöglichkeiten nicht durch hohe Schutzzollmauern zu unterbinden. Zusammenfassend fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für das Gesamtgebiet der Güterverteilung: keine Hemmungen des notwendigen Vereinigungsprozesses im Großhandel und Kleinhandel. Förderung der Genossenschaften als der rationellsten Instrumente der Güterverteilung.

Die Untersuchung des Reichsverbandes der Deutschen Industrien (Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik) führt den gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand der deutschen Wirtschaft traditionsgemäß auf die Zerschlagung der deutschen Produktionsgrundlagen, infolge des Versailler Vertrages usw., und auf die steuerliche und soziale Belastung der deutschen Wirt-

Die Wahlen der gesetzlichen Betriebsvertretungen 1926 sind von größter Bedeutung! Jeder Textilbetrieb muß in diesem Jahre eine Betriebsvertretung wählen!

schaft zurück. Zweifellos ist die deutsche Wirtschaft durch die Kriegsverluste usw. stark beeinflußt worden. Diese Beeinflussung ist aber keineswegs so stark, daß man aus ihr die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Deutschland restlos erklären könnte. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat nämlich ihren tieferen Sitz in dem Zustand unserer Wirtschaft, sie hängt weniger von dem Umfang unseres Produktionsapparates, wie er durch die Friedensschlüsse in den Jahren 1918 und 1919 und die Schiedssprüche in den Nachjahren verkleinert worden ist, ab, sondern von dem materiellen Zustand dieses Apparates, von der Art und Weise, wie er in der Fertigung und in der Verteilung arbeitet.

Die gegenwärtige Krise offenbart nicht eine Zerstörung der Grundlage, d. h. der produktiven Kräfte, sondern nur eine ernste Störung des Produktionsprozesses, die ausgeht von der Störung in der Zirkulation, von einer falschen Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes. Während den Jahren sind infolge der ungesunden Verteilung des Sozialproduktes große Mengen von Gütern durch die Unternehmer unzweckmäßig investiert worden. Dieses Kapital ist heute teilweise als verloren zu betrachten. Es ist ein Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit, d. h. Kaufkraft entstanden, wodurch jede Krise in der kapitalistischen Wirtschaft gekennzeichnet wird.

Hier setzen die Vorschläge der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ein. Der Weg zur Ueberwindung des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Absatz führt in erster Linie über eine **Neugestaltung der Preispolitik. Durch Preissenkungen sind die Voraussetzungen zu schaffen, daß wieder für eine vergrößerte Warenmenge Absatz gefunden wird. Die Verbesserung und Verbilligung des Produktionsprozesses hat nur Zweck bei einer Steigerung des Wohlstandes der Massen, die der Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Darum fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes der deutschen Arbeitnehmer, die zu einer Erweiterung des Absatzmarktes und damit wieder zu einer Erhöhung des Beschäftigungsgrades führen wird. In dieser Erkenntnis und in dieser Forderung liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen der Wirtschaftsauffassung der Gewerkschaften und der des deutschen Unternehmertums. Es handelt sich um keine Auffassung, die an eine Klasse gebunden ist, sondern die Auffassung der Gewerkschaften ist von Haus aus die richtige, die sich mit den ökonomischen Entwicklungsgesetzen deckt.**

Im Grunde genommen beantwortet sich in der Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen die für unsere Zukunft wichtige Frage,

ob wir rationalisieren oder kontingentieren wollen.

Aus der Bejahung der Rationalisierung durch die Gewerkschaften ergibt sich ihre Stellung zu den allgemeinen Wirtschaftsfragen, insbesondere zu den sozialen Fragen, den Fragen der Lohnhöhe und des Arbeitstages, die eben darin gipfelt, durch Erweiterung des Marktes, durch Steigerung der Kaufkraft, durch Vereinfachung und Verbilligung des Warenverteilungsprozesses die ökonomische Krise zu überwinden.

Inhalt: Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. — Helft den Arbeitslosen. — Arbeiter und Wirtschaft — Traurige Zustände in der Aachener Textilindustrie. — Zwei Auszüge von Anschlägen der Firma Carl Schmidt, Posamentenfabrik Annaberg (Erzgeb.). — Frauenteil. — „Ein Kalkulationskonflikt." — Eine aufgestochene Eiterbeule. — Aus dem Tagebuch eines Betriebsrates. — Der Christliche Textilarbeiter-Verband und die Betriebsrätewahlen im Gau Rheinland-Westfalen. — So wird Geld verdient. — Aus der Textilindustrie. — Internationale der Textilarbeiter. — Zur Schulentlassung. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Beilage: Technische Grundbegriffe des modernen Textilarbeiters (2. Forts.). — Aus den ausländischen Gewerkschaften. — Berichte aus Fachkreisen. — Rätselecke.

Helft den Arbeitslosen.

Ueber zwei Millionen Arbeitslose und ein noch weit größeres Heer von Kurzarbeitern, die zu ihren kärglichen Verdiensten noch Zuschußunterstützung aus der Arbeitslosenfürsorge erhalten müssen, ist das Fazit einer vielgepriesenen und mit Vorschußlorbeeren bedachten Wirtschaftspolitik, die die unternehmerfreundliche Reichsregierung unter starker Beeinflussung der Arbeitgeberverbände betrieb. Ueber zwei Millionen Arbeitslose und eine ungeheure Zahl von Kurzarbeitern sind die Opfer jener Politik, die unter der Regierung des verflossenen Reichskanzlers Cuno und seinen Fachministern seinen Anfang nahm. Die Wirkungen jener Politik sind geradezu katastrophal für das gesamte Erwerbsleben und die Arbeiterschaft muß in einem riesigen Meer von Not und Elend ausbaden, was jene Wirtschafts-„führung" verschuldete. Die Wirtschaftspolitik der Regierung unter Assistenz der Unternehmer war nicht führend und vorausschauend, im Gegenteil, sie führte in ein Labyrinth, aus welchem man nur mit Einsetzung aller Kräfte herauskommen kann. Die Wirtschaftspolitik der Regierung und der Unternehmer war getragen von dem Gesichtspunkt, Gehälter und Löhne so niedrig wie möglich zu halten und die Arbeitszeiten zu verlängern, ohne daß man mit dem Lohndruck eine Verbilligung des Produktes herbeizuführen vermochte. Die Kartelle und Preissyndikate haben die Preissenkungen zu verhindern verstanden. Der Gedanke, auf Kosten niedriger Gehälter und Löhne den Wirtschaftsaufbau zu vollziehen, hat sich vollkommen als irrig erwiesen, weil man nicht gleichzeitig die Macht besaß, entsprechend der niedrigen Gehälter und Löhne die Preise für die Fertigprodukte zu senken. Hieraus ergibt sich auch, daß der Lohnanteil an dem Produkt wohl in allen Industriezweigen viel niedriger ist, als dies in der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist. Die Folge dieser Wirtschaftspolitik führte zur Störung des Zirkulationsprozesses und findet jetzt in dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit seine Auswirkung. Die niedrigen Löhne der deutschen Arbeiterschaft haben sich aber auch auf die europäischen Konkurrenzstaaten, namentlich in der Zeit der Inflation übertragen. Die Folge davon ist die Verkümmerung des europäischen Absatzmarktes, auf welchem unsere Fertigwarenfabrikate in erster Linie Absatz suchen müssen. Die niedrigen Löhne haben aber nicht nur allein eine Verkümmerung des Absatzmarktes zur Folge gehabt, sie haben sich dem betriebstechnischen Fortschritt entgegengestellt.

Nach dem Wirtschaftsprogramm der deutschen Unternehmer und auch nach dem Regierungsprogramm soll der Gedanke des Lohndruckes auch für die Zukunft beibehalten werden. Es ist deshalb besonders zu begrüßen, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen diesem Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Regierung ein Programm entgegengestellt hat, welches geeignet ist, den Heilungsprozeß in unserer Wirtschaft zu begünstigen. Das Programm der freien Gewerkschaften will dort ansetzen, wo die Ursache der Krankheit liegt. Das Programm der Gewerkschaften zeigt andere Wege als die des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Es scheiden sich eben die Interessen. Wir verweisen hier auf die Ausführungen an der Spitze dieses Blattes. Das Unternehmerprogramm läßt die wichtigsten Faktoren der Wirtschaft außer acht und geht viel zu stark von dem Gesichtspunkt [illegible] Alleinbeherrscher der Wirtschaft und der Betriebe zu bleiben und jeden Einfluß der Arbeiterschaft in Betrieb und Wirtschaft auszuschalten. Das egoistische Interesse des Unternehmertums wird gegenüber dem Interesse der Gesamtheit in den Vordergrund gestellt. Aus diesem Grunde erklärt sich auch der Widerspruch in den Anschauungen über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, der zwischen Reichsverband der deutschen Industrie und der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vorhanden ist. Die Wirtschaftspolitik muß von dem Willen getragen sein, dem Gesamtinteresse zu dienen, sie darf nicht zum egoistischen Selbstzweck werden. Soll diese Wirtschaftskrise bald überwunden werden, dann muß man zunächst den Konsumenten wieder kaufkräftig gestalten. Dazu gehört, die Voraussetzungen zu schaffen für eine freie Preisbildung und Senkung einer unerträglichen Steuerlast, welche den breiten Massen die Kaufkraft zurückhält.

Bei Betrachtung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage verhehlen wir uns nicht, daß an sich die Lage unserer Wirtschaft sich gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert hat. Bei stark verengten Wirtschaftsgrenzen und Verminderung der Einwohnerzahl hat sich die Zahl der Erwerbstätigen immerhin erheblich erhöht. Während dem in der Vorkriegszeit etwa 30 Millionen Erwerbstätige in Betracht kamen, dürften es gegenwärtig 32 Millionen sein. Diese Elemente, die durch die Inflation in das Heer der Erwerbstätigen wieder eingegliedert wurden, in den Produktionsprozeß einzureihen, konnte selbstverständlich nur langsam erfolgen. Die industrielle Reservearmee ist [illegible] Zeit, aus verschiedenen Gründen [illegible] Leistungsfähigkeit. Diese Reservearmee darf aber [illegible] nur eine Verstärkung des Lohndruckes und Verschlechterung der sozialen Einrichtungen. Im Gegenteil, es muß vornehmste Pflicht des Staates sein, die Arbeitslosen in ausreichender Weise zu unterstützen, damit die deutsche Arbeitskraft, der deutsche Facharbeiter, der Wirtschaft erhalten bleibt. Die Lohn- und Sozialpolitik der Vereinigung der deutschen Industrie ist nicht geeignet, der Industrie die genügend vorgebildeten Arbeitskräfte zu erhalten. Sie muß deshalb von allen verantwortungsvollen Stellen mit Entschiedenheit abgelehnt werden. Zum mindesten müssen die Gewerkschaften verlangen, daß sie bei Beratungen der zukünftigen Wirtschaftspolitik durch die Reichsregierung hinzugezogen werden und die Argumente der Gewerkschaften genau so Beachtung finden wie die der Unternehmer.

Im Hauptausschuß des deutschen Reichstages hat man sich mit den Anträgen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften beschäftigt. Es ist beschlossen worden, Kurzarbeiterunterstützung für den 3., 4. und 5. ausfallenden Arbeitstag in einer Woche zu gewähren. Gleiche Behandlung der Ledigen und Verheirateten entsprechend den Tagesunterstützungssätzen, die sie als völlig Erwerbslose erhalten würden. Soweit Kurzarbeit nicht tageweise durchzuführen, die täglich ausfallenden Arbeitsstunden nach Tagen aufzurechnen.

Ferner werden:

1. die Unterstützungssätze für alle Hauptunterstützungsempfänger um 10 Proz. erhöht,
2. die Unterstützungssätze der alleinstehenden Ledigen um 20 Proz. und
3. die Höchstbezugssumme wird in Ortsklasse A, B, und C um 10 Proz. erhöht. Dementsprechend ist auch die Kurzarbeiterunterstützung geregelt.

In einer Anordnung des Reichsarbeitsministers über die Kurzarbeiterfürsorge, die in Nr. 45 des „Reichsanzeigers" veröffentlicht ist, finden wir, daß die Anordnung nicht den Beschlüssen des Hauptausschusses des Reichstags entspricht. Es heißt in der Anordnung:

„Der Geltungsbereich erstreckt sich auf Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes im Sinne des § 105b Abs. 1 der Gewerbeordnung, in denen regelmäßig mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Unter die Kurzarbeiterfürsorge fallen somit: Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüche und Gruben, Hüttenwerke, Fabriken und Werkstätten, Zimmerplätze und andere Bauhöfe, Werften und Ziegeleien sowie Bauten aller Art, die mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigen. Wird diese Beschäftigungszahl nicht erreicht, dann haben selbst die Kurzarbeiter dieser Betriebe keinen Anspruch auf Unterstützung; es sind weiter vollständig ausgenommen insbesondere das gesamte Verkehrsgewerbe, Handelsgewerbe und Handwerk. Damit werden über 50 Proz. aller Kurzarbeiter von der Kurzarbeiterfürsorge ausgeschlossen."

Bei den Verhandlungen im Reichstag ging man davon aus, daß Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung alle Kurzarbeiter haben sollten. Die Vertreter der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung forderten ebenfalls die Einbeziehung aller Kurzarbeiter. Die Anordnung des Reichsarbeitsministers läßt die Forderung des Reichstags und des Verwaltungsrats völlig unberücksichtigt. Unberücksichtigt blieb auch der Mehrheitsbeschluß des Verwaltungsrats, die Wartezeit von 8 auf 6 Stunden herabzusetzen.

Die Sozialfürsorge bedarf in Zukunft der sorgfältigsten Beachtung, sie muß in der Weise ausgebaut und erweitert werden, daß die Arbeitskraft nicht der Verkümmerung ausgesetzt ist. Die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge entspricht keineswegs diesen Anforderungen.

Die Regelung kann uns nicht befriedigen, aber sie geht zurzeit über das hinaus, was die Regierung gewähren wollte. Der Beschluß, die Unterstützungssätze zu erhöhen, ist nach einem recht schweren Kampf zwischen Regierung und den mit ihr verbundenen Rechtsparteien entgegen der Sozialdemokratie ausgefochten worden. Bei der Frage der Arbeitslosenunterstützung hat sich ebenfalls wieder gezeigt, daß wohl die Rechtsparteien mitsamt der Reichsregierung gern bereit sind, abgetakelten Fürsten Millionenwerte nachzuwerfen. Die Offizierspensionen, die an einen bedeutend kleineren Kreis gezahlt werden, erfordern weit höhere Summen als die Erwerbslosenfürsorge, die an Millionen von Arbeitslosen gezahlt wird. Darüber spricht man jedoch nicht. Die Rechtsparteien heben aber immer ein jämmerliches Geschrei an, wenn die Opfer einer verkehrten Wirtschaftspolitik unterstützt werden sollen. Sie finden es aber ganz in der Ordnung, wenn reaktionären Kreisen, die tagtäglich auf die Republik spucken, ungeheure Summen in den Rachen geworfen werden. Dies müssen sich die Arbeiter ein für allemal merken, damit zur gegebenen Zeit den Rechtsparteien ein gehöriger Denkzettel verabreicht wird.

Arbeiter und Wirtschaft.

Napoleon prägte vor hundert Jahren das Wort: „Die Politik ist das Schicksal", der Verlauf der letzten Jahre zeigt das Gegenteil: „Die Wirtschaft ist das Schicksal!" Es sei hier nun darauf hingewiesen, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, Rußland und Amerika zum politischen Handeln zwingen. Wenn in Deutschland die politische Umwälzung von 1918 dem deutschen Volk nicht das gebracht hatte, was es von ihr erwartete, so ist das wohl in erster Linie auf das Wirken der stärkeren Kräfte, die in der Wirtschaft wurzelten, zurückzuführen. Die Wirtschaft bestimmte die Richtung der Politik. Die politische Leitung Rußlands, die die kapitalistische Wirtschaft verwirft, ist gezwungen worden, mit derselben Kompromisse zu schließen. Besonders aber in Amerika tritt die Erscheinung, daß die Wirtschaft die politischen Handlungen der Regierungen bestimmt, in der stärksten Form hervor. Nicht nur, daß die Präsidentschaftswahlen ganz unter dem Einfluß des Wirtschaftsinteresses stehen, sondern auch alle anderen Regierungsmaßnahmen werden vom Wirtschaftsinteresse aus diktiert. Dies ergibt, daß die kraftvollste Gruppe der Wirtschaft den größten Einfluß auf die Regierung besitzt. Die Grundlage aller Politik ist die Wirtschaft. Dieser Satz ist unumstößlich. Es ist daher Pflicht der Arbeiter und Angestellten, sich mehr als bisher mit Wirtschaftsfragen zu beschäftigen, um von ihrer wirtschaftlichen Stellung aus ihr politisches Handeln zu bestimmen. Wer die Fachliteratur und die Berichte der großen Gesellschaftsunternehmen verfolgt, sieht, wie wir mitten in einer großen Umstellung des deutschen Wirtschaftskörpers stehen. Alle Produktionsmethoden werden durch neuere ersetzt. Der Produktionsprozeß selbst wandelt sich. Das andauernde Geschrei nach Abbau der Löhne und Gehälter und Beseitigung der sozialen Lasten wird zu keinem Erfolg führen und wenn es Erfolg hätte, würde es unseren verfahrenen Wirtschaftskarren nicht wieder flott machen können. Die deutsche Industrie muß, wenn sie ihren alten Platz auf dem Weltmarkt wieder erobern will, sich mehr mit den Fragen der Rationalisierung, Typisierung, Normalisierung beschäftigen und vor allen Dingen sich zu einer anderen Einstellung gegenüber der Arbeiterschaft bekennen. Um das bisher versäumte anderen Industrieländern gegenüber nachzuholen, liegt die Gefahr sehr nahe, daß man sich zu stark an amerikanische Systeme (Taylor und Ford) anlehnt, wodurch der deutschen Industrie natürlich nicht geholfen wäre. Amerika ist uns zweifellos in seiner Produktionsweise überlegen, so daß im freien Wettbewerb die deutsche Industrie gegenüber Amerika den kürzeren ziehen würde, auch dann, wenn die Arbeitslöhne noch so niedrig wären. Aber ganz abgesehen davon, werden sich die amerikanischen Produktionssysteme nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen lassen. Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil Deutschland der eigene große Absatzmarkt dafür fehlt. Aber auch nach der anderen Richtung hin sind die amerikanischen Arbeitssysteme, angewandt in ihrer krassen Form, von der Arbeiterschaft abzulehnen, weil mit deren Uebertragung jede geistige Anteilnahme der Arbeiterschaft an der Arbeit aufhörte, wodurch die technische Fortentwicklung stark geschwächt würde. Die deutsche Wirtschaft selbst würde auch nicht die Erfolge erzielen können, die Amerika damit errungen hat. Erfindungen würden ausschließlich auf den Arbeitsprozeß, d. h. um eine größere Produktion fertigzustellen, beschränkt bleiben, währenddem Erfindungen, die das Produkt verbessern, seltener vorkommen würden. Ein Motor, eine Lokomotive, ein Webstuhl, eine Spinnmaschine sind individuelle Maschinen, die noch große Möglichkeiten einer weiteren Vervollkommnung in sich schließen. Ein im Sinne des Ford-Systems umformierter Betrieb schließt eine solche Weiterentwicklung fast völlig aus. Gewiß kann die Anfertigung sowie die Ausführung einer Anzahl von Produkten vereinfacht werden. Dieses muß selbstverständlich geschehen. Doch man hüte sich vor einer Umformierung der gesamten Wirtschaft, die wohl im Augenblick einige Vorteile verschaffte, uns aber auf die Dauer zum Schaden gereichen würde und jeden größeren Kulturfortschritt hemmte.

Zur Rationalisierung gehört noch eins. Die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Hier stehen wir vor einem Hindernis, das gegenwärtig nicht überstiegen werden kann. Betrachtet man nur die Auslassungen der Unternehmerorgane, dann sieht man, wie weit wir von einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft entfernt sind. Gewiß, es gibt weiße Raben im Unternehmerlager, die aber fast ohne jeden Einfluß sind. Ein solcher weißer Rabe ist z. B. der Bergwerksdirektor H. R. Derselbe schreibt in dem christlichen Tageblatt „Aufwärts" vom 16. Februar 1926 seinen Kollegen folgendes ins Stammbuch:

„Ich habe bei meinen Bergarbeitern stets die Feststellung machen müssen, daß unter ihnen wohl der weitaus größte Teil sehr viel Verständnis für die Lage der Werke und Betriebe hatte, wenn man zu ihnen als Mensch zu Mensch offen sprach. Auch habe ich unter diesen Leuten sehr intelligente, brave und tüchtige Menschen getroffen, die es auch ohne weiteres zu etwas im Leben gebracht hätten, wenn ihnen die Gelegenheit zum Studium gegeben worden wäre. Vielleicht muß ich sagen, wenn sie hierzu das nötige Geld hätten aufbringen können. Daran hat ja unsere Zeit bis zum heutigen Tage gekrankt, daß im großen Durchschnitt der gebildete Mensch den Arbeiter nicht als vollwertigen Menschen angesehen hat."

Es wird hier anerkannt, daß die Mehrzahl der Arbeiter Verständnis für den Betrieb und für die Wirtschaft haben und genügend Intelligenz besitzen, daß, wenn ihnen Gelegenheit geboten würde, sie auch in der Lage wären, größeres zu leisten. Der Arbeiter, welcher bisher im Betrieb nur wenig und in der Gesamtwirtschaft nichts zu sagen hatte, muß sich das Recht der Gleichberechtigung erkämpfen, denn nur hierdurch wird die Gesamtwirtschaft in die Bahnen größerer Ergiebigkeit geleitet. Rationalisierung, Typisierung und Normalisierung können nicht bis in ihre letzten Auswirkungen ohne Mithilfe der Arbeiterschaft durchgeführt werden. Man wird dies nur erreichen können, wenn man die Arbeiterschaft auch geistig für die Gesamtwirtschaft interessiert und ihre Wünsche und Beschwerden anerkennt.

P.

Willst Gutes du und Schönes schaffen,
das lebensvoll das Leben mehre,
mußt du dich ernst zusammenraffen
und darfst nicht scheu'n der Arbeit Schwere.
Da hilft kein Schwärmen bloß und Hoffen,
kein Traum von künftiger Entfaltung:
nein, ringen mußt du mit den Stoffen
und stark sie zwingen zur Gestaltung.

Julius Hammer.

In jede Betriebsvertretung müssen weibliche Mitglieder gewählt werden! Jedes Verbandsmitglied muß sein Wahlrecht ausüben! Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Traurige Zustände in der Aachener Textilindustrie.

Auf allen Gebieten der Wirtschaft befaßt man sich mit dem Problem der Rationalisierung, um möglichst billig und zweckmäßig zu produzieren In der Aachener Textilindustrie handelt man jedoch anders. Der Betrieb der Firma C. Delius-Aachen steht zum größeren Teil still. Eine größere Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen sind entlassen oder auf Wartezeit gesetzt worden, und trotz der nur teilweisen Beschäftigung des Aachener Betriebes werden die Aufträge in Conzen a. d. Eifel hergestellt. An sich wäre dies nicht bedenklich, wenn in Aachen der Betrieb und die Arbeiter voll beschäftigt wären. Jedoch nach der letzten Feststellung sind in Aachen 357 männliche und 221 weibliche Textilarbeiter voll erwerbslos, wozu noch mindestens 2000 Kurzarbeiter kommen. Bei der Firma Delius sind von 250 Webstühlen nur noch 130 in Betrieb. Es kommen dort Fälle vor, daß Arbeiter mit größerem Haushalt bis zu 8 Kindern auf Beschäftigung warten müssen. Die Stadt Aachen weiß nicht mehr ein noch aus, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die Lasten der Gemeinde steigen ins Ungeheuerliche. Außer den Zahlen, die oben angeführt sind, werden vom Wohlfahrtsamt der Stadt Aachen zirka 4000 Erwerbslose unterstützt, welche als ausgesteuert gelten. Die Summen, welche von der Stadt Aachen aufgebracht werden müssen, gehen in die Millionen. Unter diesen Verhältnissen ist das Vorgehen der Firma um so bedauerlicher. Es mag sein, daß in Conzen a. d. Eifel die Waren etwas billiger hergestellt werden, dies wird aber zweifellos wieder aufgewogen durch die Transportkosten der Materialien und der Fertigwaren zwischen Aachen und Conzen. Conzen liegt 26 Kilometer von Aachen entfernt. Die Ketten werden per Auto nach dort gebracht und als Tuch wieder nach Aachen zurücktransportiert. Von einer Verbilligung der Produktion kann wohl hier nicht geredet werden. Ein Beispiel von vielen, wie unsinnig gewirtschaftet wird.

Auf der einen Seite zerbrechen sich die Wirtschaftsführer den Kopf, wie es möglich ist, den Leerlauf in den Betrieben auf ein Mindestmaß herabzudrücken, die Firma Delius stört sich aber nicht daran, sie gibt zu dem Leerlauf ihres Betriebes noch einen großen Warentransport hinzu. Wenn unter solchen Umständen die Textilunternehmer klagen, daß sie nicht konkurrenzfähig seien, so zeigt schon dieses Beispiel, welche Ursachen der Minderkonkurrenzfähigkeit zugrunde liegen. Dieses ist ein Beispiel von vielen und wir werden uns nicht scheuen, in Zukunft auch noch andere Fälle der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Zwei Auszüge von Anschlägen der Firma Carl Schmidt, Posamentenfabrik Annaberg (Erzgeb.).

Annaberg liegt in Sachsen. In Sachsen soll es bekanntlich sehr „helle" sein. Wenn man jedoch diese beiden Auszüge von den Anschlägen der Firma Carl Schmidt, Annaberg, liest, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß es noch außerordentlich finster in Sachsen ist. Herr Carl Schmidt, der Inhaber einer Posamentenfabrik, glaubt, sich über Gesetz und Rechte hinwegsetzen zu können und seine Arbeitnehmer nach Belieben zu entlohnen. In dem einen Anschlag heißt es u. a.:

„Besonders eifrige und tüchtige Leute werde ich durch monatliche Prämien besonders auszeichnen. Außer diesen Prämien kann ich jetzt keinerlei Vergünstigungen und Erhöhungen gewähren, auch an ältere Arbeiter nicht. Jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin, die meinen Forderungen nicht nachkommen und während der Arbeitszeit nicht fleißig sind oder schlechte Arbeit liefern, werden ohne weiteres entlassen. Die Aufrechterhaltung meines Betriebes erfordert dringend, daß diese Maßregeln durchgeführt werden. Eure Führer, die Ihr von Eurem Lohn bezahlt, sind nicht in der Lage, aus Deutschland ein Schlaraffenland zu machen, in dem jeder möglichst viel Geld abholen und spazieren gehen kann. Kommt Deutschland nicht durch intensive Arbeit wieder hoch, so wird es dem Auslandskapitalismus verfallen, der keinerlei Rücksichten kennt. Ich hoffe, daß die vernünftigen Arbeiter dies einsehen und danach handeln werden, da sonst noch viel schlechtere Zeiten bevorstehen.

Annaberg, den 5. Februar 1926. gez. C. Schmidt."

Wahrhaftig, dieser Carl Schmidt aus Annaberg verdiente, öffentlich ausgestellt zu werden, damit auch die Mitwelt diese „Leuchte" deutscher Unternehmer kennen lernte. Daß so ein Exemplar im hellen Sachsen gezogen werden konnte, läßt außerordentlich tief blicken. Ja, von wem lebt denn der Herr Carl Schmidt? Er lebt von der unbezahlten Arbeit seiner Arbeiter, und daß er einen möglichst großen Teil der geleisteten Arbeit nicht bezahlen will, zeigt der Anschlag. Nach dieser Richtung hin decken sich seine Gedankengänge wohl auch mit denen seiner übrigen Kollegen.

Wenn Carl Schmidt dem Auslandskapitalismus noch niederträchtigere und schlimmere Methoden zuschreibt, als er selbst anwendet, dann hat er jedenfalls dazu gute Gründe. Also ihr Arbeiter und Arbeiterinnen in Annaberg, arbeitet tüchtig, schuftet soviel ihr könnt, damit Carl Schmidt auf seinen Rebbach kommt, denn es wäre doch jammerschade, wenn die Schmidtsche Quelle des Geldverdienens in Annaberg verstopft würde. Carl Schmidt würde sich jedenfalls zu Tode grämen, wenn an seine Stelle ein anderer sich setzen würde. Denn Carl Schmidt dürfen wir nicht sterben lassen, schon wegen der schönen Ergüsse, die er in seinem Betrieb bekanntgibt.

Der andere Auszug wird aber noch deutlicher. So schreibt unser Mister Schmidt:

„Da jetzt Aufträge ganz spärlich eingehen und zu Preisen verkauft werden müssen, die nicht einmal die Spesen decken, sehe ich mich leider gezwungen, die Löhne und Gehälter ab 26. Februar 1926 um 10 Proz. zu kürzen. Es steht jedem Arbeiter frei, kommenden Freitag zu kündigen, falls er damit nicht einverstanden sein sollte. Sollte eine Besserung der Lage eintreten, so würde ich dies bekanntgeben und, wenn möglich, die Löhne wieder aufbessern. Wenn der Fabrikant auf jeden Gewinn verzichten muß, so ist es nicht unberechtigt, daß auch die Arbeiterschaft der jetzigen Lage Rechnung trägt und einmal mit niedrigeren Löhnen zufrieden ist. Ein allgemeiner Preisabbau der Lebensmittel ist nur so möglich.

Annaberg, den 10. Februar 1926. gez. Carl Schmidt."

Die Art, wie sich diese Firma von der Einhaltung des Tarifvertrages drücken will, zeigt schon, weß Geistes Kind der Firmeninhaber ist. Die Firma Carl Schmidt ist an den für den Bezirk Annaberg des Deutschen Textilarbeiterverbandes bestehenden Tarifvertrag gebunden. Dieser Anschlag verstößt gegen den Tarifvertrag. Der Arbeiterschaft steht jederzeit das Recht zu, den durch die Firma Schmidt zu Unrecht zurückbehaltenen Lohn einzuklagen. Daß die Firma der Arbeiterschaft empfiehlt, falls sie sich nicht mit dem 10prozentigen Lohnabzug einverstanden erklären sollte, zu kündigen, hat auf das Fortbestehen des Tarifvertrages keinen Einfluß. Wenn das Herr Carl Schmidt aus Annaberg, Besitzer einer Posamentenfabrik, nicht wissen sollte, so wollen wir ihn hier kurz darauf aufmerksam machen. Die deutschen Unternehmer werden sich über die „mutvollen" Vorstöße des Herrn Carl Schmidt sicherlich freuen. Viel Verstand ist allerdings zu einem solchen Vorgehen nicht nötig.

Daß Herr Carl Schmidt so nebenbei noch die Entdeckung gemacht hat, daß, wenn er weniger Lohn zahlt, die Lebensmittel billiger werden, zeigt ebenfalls, was für ein Ausbund wirtschaftlichen Wissens dieser Carl Schmidt aus Anaberg im hellen Sachsen ist.

„Ein Kalkulationskonflikt."

Der Gesamtverband der deutschen Textilveredlungsindustrie E. V., Berlin, hat einer Anzahl von Textilfachzeitungen folgende Notiz zugesandt:

„Das Reichswirtschaftsministerium hat der Presse eine Notiz über die Politik der Verbände der Textilveredlungsindustrie zur Veröffentlichung übergeben. In dieser Notiz ist gesagt:

„Die Feststellungen des Reichswirtschaftsministeriums in einer Reihe von Betrieben, die der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien, Greiz, angeschlossen sind, haben den Nachweis erbracht, daß offenbar unter dem Schutze der Treurabattbestimmungen dieser Verband übersetzte Preise vorgeschrieben hatte."

Da diese Veröffentlichung des RWM. geeignet ist, ein unzutreffendes Bild über die Preispolitik der Verbände der Textilveredlungsindustrie aufkommen zu lassen, halten wir uns für verpflichtet, folgendes festzustellen:

Die Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien bestreitet ganz entschieden, daß sie ihren Mitgliedern übersetzte Preise vorgeschrieben habe. Sie stützt sich hierbei auf eingehende Rentabilitätsberechnungen, die in allen Mitgliedsbetrieben der Konvention nach einwandfreien betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aufgestellt worden sind; außerdem aber ein Gutachten einer allerersten Autorität auf dem Gebiete der Betriebswirtschaftslehre, nämlich des Herrn Dr. Leitner, Professor an der Handelshochschule und Technischen Hochschule Berlin, welcher auf Grund der von ihm in einer Reihe von Betrieben der genannten Konvention vorgenommenen Nachprüfungen zu dem Ergebnis gelangt ist, daß die Methoden der Untersuchungen des Reichswirtschaftsministeriums in ihrem grundsätzlichen Aufbau nicht einwandfrei, in mancherlei Hinsicht sogar absolut falsch sind, und deshalb zu völlig unzutreffenden Schlußergebnissen geführt haben.

Die Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien, Greiz, wird in allernächster Zeit das gesamte Material der Oeffentlichkeit unterbreiten, da sie aus innerster Ueberzeugung den Standpunkt vertritt, daß der ihr vom RWM. gemachte schwere Vorwurf gänzlich unhaltbar ist."

Die Feststellungen des Reichswirtschaftsministeriums sind außerordentlich interessant. Es zeigt sich hier also wieder, in welcher Weise durch die Kartelle und Preiskonventionen ungerechtfertigte Preise vorgeschrieben und zur Durchführung gebracht werden. Die gesamte deutsche Wirtschaft leidet unter dem Druck der Kartelle. Wenn die Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien bestreitet, daß sie keine übersetzten Preise vorgeschrieben habe, so braucht man dieser Bemerkung keinen besonderen Wert beizumessen, und zwar auch dann nicht, wenn Herr Dr. Leitner, Professor an der Handelshochschule und technischen Hochschule Berlin, durch sein Gutachten die geforderten Preise der Sächsisch-Thüringischen Färbereien-Konvention als nicht übersetzt ansieht. Die Sächsisch-Thüringische Färbereikonvention, die 1902 sich gründete, ist außerordentlich fest gefügt. Sie hat dafür gesorgt, daß im ganzen Bezirk es keinen Außenseiter mehr gibt und daß andererseits die Färbereibetriebe auf die Gesamtproduktion der Webereien genau abgestimmt worden sind. Eine Reihe von Betrieben sind schon vor dem Kriege stillgelegt worden und deren frühere Inhaber durch die Konvention der Sächsisch-Thüringischen Färbereien abgefunden worden. Schon lange in der Vorkriegszeit konnte man beobachten, daß die Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien nach jeder Lohnbewegung der Färber — die Löhne der Färbereiarbeiter waren bis 1905 außerordentlich niedrig — durch eine Erhöhung der Farbpreise über Gebühr auszugleichen versuchte. Es gab wiederholt Zusammenstöße zwischen den Sächsisch-Thüringischen Webereien und der Konvention der Färbereien aus Anlaß der zu starken Erhöhung der Farbpreise, die sogar soweit führten, daß vor Jahren die der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien angeschlossenen Betriebe

Gemeinsam freut du dich der Tat.
Ein zweiter kommt, sich anzuschließen,

* FRAUENTEIL *

Mitwirken will er, mitgenießen;
Verdreifacht so sich Kraft und Rat.
Goethe

Eine neue Verfügung des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe bezüglich des Schwangerenschutzes.

Die wirksame Durchführung des Schwangerenschutzes ist bisher in den meisten Fällen an den ausfallenden Arbeitsverdienst der Schwangeren für die letzten Wochen vor der Entbindung gescheitert. Da nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen das Wochengeld für die letzten vier Wochen vor der Niederkunft erst am Tage der Entbindung fällig ist, war bisher ein großer Teil der erwerbstätigen Schwangeren gezwungen, fast bis zum letzten Tag zu arbeiten, trotz der Qualen, die sie durch die Erwerbsarbeit in der letzten Zeit ihrer Schwangerschaft erdulden mußten. Unsere Organisation hat in ihren bisherigen Forderungen an die gesetzgebenden Körperschaften immer betont, daß den schwangeren, erwerbstätigen Frauen und Mädchen der ausfallende Arbeitsverdienst durch eine dementsprechende Vergütung ersetzt werden müsse, um einen wirklichen Schwangerenschutz zu gewährleisten.

Beachtenswert ist, daß diese Mängel auch behördlicherseits festgestellt worden sind, denn schon im Juni 1925 hat der Regierungspräsident in Düsseldorf an alle Versicherungsämter und Wohlfahrtsämter seines Regierungsbezirkes einen Erlaß ergehen lassen, wonach die Krankenkassen angewiesen werden, das Wochengeld den versicherungspflichtigen Schwangeren während der letzten Schwangerschaftswochen allwöchentlich gegen eine Bescheinigung auszuzahlen. Die Bescheinigung soll zweckmäßigerweise von einer Mütterberatungs- oder Säuglingsfürsorgestelle, sofern solche Einrichtungen am Orte nicht bestehen, von einem Arzt oder einer Hebamme ausgestellt werden und muß enthalten, daß die Niederkunft innerhalb von vier Wochen zu erwarten ist. Diese Bescheinigung dient dann als Grundlage für die Auszahlung. Die Wohlfahrtsämter sind angewiesen, den bedürftigen Wöchnerinnen, sofern sie in den untersten Lohnklassen versichert sind, Zuschüsse bis zur Höhe des halben Wochengeldes zu gewähren, um ein vorzeitiges Wiederaufnehmen der Erwerbsarbeit zu verhindern.

Wir begrüßen ferner die Maßnahme des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, daß sich den Erlaß des Düsseldorfer Regierungspräsidenten zur Grundlage seiner Verfügung, welche wir im Wortlaut folgen lassen, genommen hat:

Der Minister für Handel und Gewerbe. Berlin, den 11. Februar 1926.

Betrifft:
Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz.

In den Erlassen vom 27. Oktober — III 7347 M. f. H./III W. 1205 M. f. V. — (HMBl.) S. 275 vom 22. Juni 1925 — II 5324 M. f. H. — (HMBl. S. 156) sind die Gewerbeaufsichtsbeamten sowie auch die Kreis- und Stadtfürsorgerinnen auf Maßnahmen zur wirksameren Gestaltung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes hingewiesen worden. In Ergänzung dieser Erlasse übersenden wir nachstehend Abschrift einer Verfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 30. Juni 1925 — I Ja. 959/25 — an die Versicherungsämter und Wohlfahrtsämter seines Bezirkes, betreffend die Auszahlung von Wochen- und Stillgeld sowie das Zusammenarbeiten von Krankenkassen und Wohlfahrtsämtern zur Verbesserung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes zur Kenntnisnahme.

Dadurch, daß zahlreiche Kassen das für vier Wochen vor der Entbindung zu zahlende Wochengeld erst nach der Entbindung auszahlen, haben sich Schwierigkeiten bei der Durchführung der Schwangerenschutzbestimmungen gezeigt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben beobachtet, daß die schwangeren Arbeiterinnen vielfach die Arbeit nicht entsprechend der Vorschrift der Gewerbeordnung spätestens zwei Wochen vor der Niederkunft einstellen, sondern ihre Tätigkeit bis kurz vor der Entbindung fortsetzen, weil sie den während der Einstellung der Arbeit ausfallenden Lohn nicht entbehren können. Es ist ferner beobachtet worden, daß sich bedürftige Wöchnerinnen nach der Niederkunft zu vorzeitiger und gesetzwidriger Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben drängen.

Die von dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf in seiner Verfügung empfohlenen Maßnahmen scheinen uns geeignet, eine wesentliche Verbesserung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes herbeizuführen und die Durchführung der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu erleichtern. Wir empfehlen daher, die gleichen Maßnahmen auch in Ihrem Bezirk anzuregen.

Abdrucke des Erlasses für den Oberregierungs- und -gewerberat, den Regierungs- und Gewerberat (für Breslau, Erfurt, Arnsberg und Wiesbaden) den Gewerbemedizinalrat, sowie für jedes Gewerbeaufsichtsamt sind beigefügt.

Der Minister für Handel und Gewerbe
gez. Dr. Schreiber.
Der Minister für Volkswohlfahrt
gez. Hirtsiefer.

An die Herren
Regierungspräsidenten — mit Ausnahme von Düsseldorf — und den
Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

* * *

Dies sei den übrigen gesetzgebenden Körperschaften zur Nachahmung bestens empfohlen! Nur so kann ein wirklicher Schwangerenschutz garantiert werden!

Bericht über die Landesausschußtagung der Textilarbeiterinnen im Gaubezirk Sachsen.

Der Landesausschuß für Textilarbeiterinnenfragen des Gaues Sachsen hatte sich vollzählig am 31. Januar im Volkshaus zu Leipzig eingefunden, um mit Kollegin Hoppe-Berlin und Kollegen Heidel von der Gauleitung Dresden über die gegenwärtigen wichtigen Fragen zwecks Förderung der sächsischen Arbeiterinnenbewegung zu beraten. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag von Kollegin Hoppe mit dem Thema: „Was haben wir bisher erreicht, was müssen wir erstreben?"

Von der großzügigen Agitation des Hauptvorstandes ausgehend, welcher im Jahre 1922 in Sachsen 3 Arbeiterinnenkonferenzen einberief, um den Grundstein für eine systematische Schulung und Heranbildung der Textilarbeiterinnen zu tüchtigen Gewerkschafterinnen zu legen, zeigt sie, daß wohl vieles erreicht worden ist, doch klein ist heute noch der Kreis der aktiv tätigen Kolleginnen, die sich als Agitatorinnen für die Stärkung unserer Organisation einsetzen und die für die Rechte der Frauen im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben eintreten. Es besteht leider die Tatsache, daß der größte Teil unserer Kolleginnen noch nicht mit der Organisation im innigen Zusammenhang stehen, welcher die Voraussetzung für ein ersprießliches Mitarbeiten gibt. Die Arbeiterinnen sind noch von vielen Vorurteilen befangen, deren Ursachen wohl in der jahrhundertelangen Entrechtung der Frau begründet sind. Weitere Hemmnisse unserer Bewegung sind auch in den seit Jahren immer häufiger wiederkehrenden Wirtschaftskrisen und in den oft traurigen sozialen Verhältnissen der Arbeiterschaft zu finden, durch welche die Frauen am meisten in Mitleidenschaft gezogen werden.

Unsere wichtigste Aufgabe muß es sein, die Kolleginnen in stärkerem Maße für die Probleme unserer Organisation, insbesondere des Schwangerenschutzes, zu begeistern, neue Kräfte für die Mitarbeit zu gewinnen, um die Ueberlastung einzelner Kolleginnen zu verhindern. Ferner gilt es, die Fähigkeiten besonders der jüngeren Kolleginnen zu wecken und sie für ihre Zukunftsarbeit vorzubereiten. Schaffen wir Aufklärung für eine rationelle Haushaltführung zur Erleichterung der erwerbstätigen Frau und Mutter! Sorgen wir für eine weitere Stärkung und Festigung unserer Organisation durch die Textilarbeiterinnen, dann wird es auch vorwärts gehen!

Kollege Heidel ergänzte den Vortrag und gab noch wertvolle Anregungen für die künftige Tätigkeit der Bezirksleiterinnen. Beide Referate wurden mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der Aussprache stimmte die Kollegin Jahn-Glauchau den Ausführungen der Referentin bei. Sie gab das Versprechen für die Mitglieder des Landesausschusses ab, daß sie mit allen Kräften die Verbandsarbeiten fördern werden

Unter Punkt Verschiedenes wurden einige Anregungen zwecks Gesundheitsschutz im Betriebe gegeben. Ferner gelangte folgender Antrag einstimmig zur Annahme:

„Der am 31. Januar im Volkshaus zu Leipzig tagende „Landesausschuß für Textilarbeiterinnenfragen" ersucht den Hauptvorstand, in diesem Jahre eine Reichsarbeiterinnenkonferenz einzuberufen, an welcher die Mitglieder des Landesausschusses teilnehmen können."

Im Schlußwort richtete Kollegin Hoppe einen Appell an die Anwesenden, neue Wege und Mittel mitzusuchen für die weitere Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung und zum Wohle unserer Organisation!

Der sächsische Landesausschuß gedachte dann noch in warmen, anerkennenden Worten der Verdienste unserer Kollegin Hoppe, die ihre letzten Stunden ihrer Amtstätigkeit als Sekretärin des Hauptvorstandes in seiner Mitte verbrachte. Rührend waren ihre Abschiedsworte. Alle wünschten ihr einen recht schönen Lebensabend und gaben der Hoffnung Ausdruck, sie bald einmal im Kreise der sächsischen Kolleginnen wiederzusehen. Man verabschiedete sich, um mit frischem Mut ans Werk zu gehen!

Vergeßt nicht, Euch in die Listen für das Volksbegehren einzuzeichnen! Die Listen liegen vom 4. bis 17. März auf.

geschlossen die Ausrüstung von Webwaren für die Konvention Sächsisch-Thüringischer Webereien verweigerten. Die Sächsisch-Thüringischen Färbereien verstehen also ihr Geschäft, desgleichen nicht minder die dortigen Webereien.

Eine aufgestochene Eiterbeule.

Im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages ist festgestellt worden, daß die Leitung des Christlichen Landarbeiterverbandes, die in den Händen der deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Meyer liegt, den wegen des Verdachtes des Fememordes verhafteten Oberleutnant Schulz durch Geldmittel unterstützt hat. Die Geldmittel hierzu hatten Behrens und Meyer von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände erhalten. Der des Fememordes beschuldigte Oberleutnant Schulz war in der letzten Zeit Angestellter des Christlichen Landarbeiterverbandes. Bei der Untersuchung hat Herr v. Zengen, der Angestellte der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ausgesagt, daß er das Geld an Behrens und Meyer deswegen gegeben habe, um mit der Leitung des Zentralverbandes der Landarbeiter in ein „besseres Verhältnis" zu kommen. Die 5000 Mk., die Behrens und Meyer für Schulz verwandten, waren aus den Büchern der Arbeitgebervereinigung bereits gestrichen und erst unter dem Druck der öffentlichen Kritik erfolgte die Rückzahlung. Es wurde weiter dabei festgestellt, daß die Vereinigten Arbeitgeberverbände große Summen zur Korrumpierung von Personen verwandte. Es wurde festgestellt, daß allein an einen Herrn Karl Erdmann, der der sozialdemokratischen Partei angehört hat, 196 000 Mk. für lucrative Propaganda gezahlt wurden. Es ist also in dem Landtagsausschuß eine furchtbare Eiterbeule bloßgelegt worden. Aber was geschah nun. Die Vereinigten Arbeitgeberverbände haben die Herren v. Zengen und Dr. Tänzler nach reichlichen Abfindungen in die Wüste geschickt. Jedenfalls nur deshalb, um die öffentliche Kritik abzulenken. Dem deutschnationalen Abgeordneten Behrens ist bisher weiter nichts geschehen, als daß ihm eine Rüge (!) erteilt worden ist. Ebenfalls ist dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten Meyer nichts geschehen Im Gegenteil, der Siegerwaldsche „Deutsche" versucht, die Behrens und Meyer zu decken und von deren unsauberem Verhalten abzulenken. Daß Behrens und Meyer ihre Aemter im Christlichen Landarbeiterverband noch innehaben, ist bedenklich genug. Doch die „Christen" müssen selbst wissen, was für sie gut ist. Lassen wir sie. Wir müssen uns aber streng gegen sie wenden, wenn sie versuchen, die Verantwortung für die Handlungen der Behrens und Meyer auf andere abzulenken. Der „Deutsche" schreibt: „Für den von Dr. Erdmann geleiteten Firnverlag sollen etwa 200 000 Mk. zur Propaganda gegen den Achtstundentag an die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführer geflossen sein. Einstweilen sind die Namen Baumeister und Ebert jun. als Empfänger dieser Gelder genannt. Weitere Namen will Dr. Erdmann in einer vorbereiteten Broschüre nennen."

Zunächst steht fest, daß der Firnverlag nicht von Dr. Erdmann geleitet worden ist. Das weiß wohl auch der „Deutsche", und daß ferner frühere Mitarbeiter am Firn von dem Verhältnis Erdmanns zu den Vereinigten Arbeitgeberverbänden keine Kenntnis gehabt haben. Der „Deutsche" sucht also abzulenken, damit dürfte er aber kein Glück haben. Es ist ferner für den Christlichen Landarbeiterverband noch bezeichnend, daß ein früherer Direktor des Pommerschen Landbundes, Herr Maecke, Leiter eines Wirtschaftsunternehmens des Landarbeiterverbandes werden konnte, und daß ferner eine entlassene Stenotypistin aus dem Bureau des Landarbeiterverbandes bei dem Rechtsanwalt Dr. Sack, dem Vertreter der Fememörder, Anstellung gefunden hat. Der Ausschuß im Preußischen Landtag arbeitet weiter und wir werden nach Abschluß der Arbeiten nochmals auf die Sache zurückkommen.

Aus dem Tagebuch eines Betriebsrates.

Das vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegebene Büchlein: „Aus dem Tagebuch eines Betriebsrates" hat vielfach Aufsehen erregt. Es wurde bezeichnet von der Fachpresse als eine „mutige Tat" und die Zahl der privat bei dem Verfasser sowie beim Textilarbeiterverband eingegangenen anerkennenden Schreiben ist nicht gering. Die gesamte nicht kleine Auflage war denn auch nach kurzer Zeit vergriffen und die Nachfrage hält an. Nur in der „Bücherwarte", dem Organ des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin, ist eine sehr abfällige Kritik zu finden. Man begreift das allerdings sehr schnell, wenn man am Ende der Rezension sieht, daß Toni Sender ihr Verfasser ist. Das Schriftchen unseres Leipziger Kollegen ist nach Meinung der Verfasserin die Drucklegung nicht wert. Sie spricht von „kleinsten und kleinlichsten Mißhelligkeiten", von „bedauerlichen Mängeln und Rücksichtslosigkeiten", vom „reinen Unternehmerstandpunkt der „vorbildlichen" Betriebsleitung". Sie tadelt, daß die Mängel der Belegschaft gekennzeichnet wurden und nicht die Mängel des Gesetzes. Sie spricht von Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, von der Vertretung im Aufsichtsrat und von vielem anderen und ist glücklich, daß dieser Betriebsrat zu den Seltenheiten gehört.

Wie wenig doch Toni Sender vertraut ist mit dem eigentlichen Arbeiterleben und dem Leben der Betriebsräte im allgemeinen und der Betriebsräte von Unternehmungen mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft im besonderen! Toni Sender kann deshalb nicht objektiv sein. Wir machen diese Mitteilungen, damit unsere Mitglieder von dem Vorgang Kenntnis erhalten. I.

Der Christliche Textilarbeiter-Verband und die Betriebsrätewahlen im Gau Rheinland-Westfalen.

Gelegentlich unserer letzten Gaukonferenz in Köln hatten wir auch über die im Jahre 1925 stattgefundenen Betriebsrätewahlen berichtet. Die von uns dort angegebenen Zahlen, die jederzeit einer Kontrolle unterzogen werden können, ergaben, daß im Gau Rheinland-Westfalen auf den Deutschen Textilarbeiterverband 1798 und auf den Christlichen Textilarbeiterverband 943 Betriebsratsmitglieder entfallen. Diese Zahlen glaubt nun der Christliche Textilarbeiterverband berichtigen zu müssen. Er weist darauf hin, daß im Gau Rheinland, vor allem in Westfalen, in einer ganzen Anzahl von Betrieben der Zentralverband christlicher Textilarbeiter vertreten sei, in welchen wir keine Betriebsratsmitglieder hätten. Auf Grund dieser Tatsache müsse also die Rechnung anders aufgemacht werden. — Es dürfte aber auch der „Christlichen Textilarbeiterzeitung" nicht unbekannt sein, daß umgekehrt in unserem Gebiete eine ganze Anzahl Bezirke sind, wo der christliche Verband zum Teil gar nicht oder nur mit wenigen Mitgliedern vertreten ist. Das Zahlenmaterial unserer Ortsgruppen ist für uns durchaus zuverlässig, was sich ja auch bei den Wahlkämpfen hier und anderswo immer ergibt. Es liegt uns durchaus fern, den christlichen Verband in seinen Mitgliederzahlen kleiner einzuschätzen als es den Tatsachen entspricht, aber die eine Tatsache, daß im Gau Rheinland-Westfalen der Deutsche Textilarbeiterverband numerisch bedeutend stärker ist als die christliche Organisation, ist ja auch den führenden Kollegen des christlichen Verbandes genau bekannt. Von dieser feststehenden Tatsache ausgehend, dürfte die Angabe über die Zahl der gewählten Betriebsratsmitglieder, die wir bekanntgegeben haben, wohl auch für den christlichen Verband als richtig gelten. — Unseren Mitgliedern im Gau Rheinland-Westfalen aber rufen wir zu:

Denkt bei den kommenden Betriebsratswahlen daran, daß in jedem Betrieb eine Liste unseres Verbandes aufgestellt wird, damit die Unternehmer auf Grund der großen Anzahl gewählter Betriebsratsmitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes sich dessen bewußt werden, daß wir vereint eine große Macht darstellen.

Auf zur Wahl! Zum Nutzen und Wohle der gesamten Textilarbeiterschaft!

So wird Geld verdient.

SPD. Uns wird von unterrichteter Seite u. a. geschrieben: Im ganzen Deutschen Reich wird augenblicklich ein elektrischer Staubsauger angeboten, der unter der Marke „Vampyr" schnell bekannt geworden ist. Hersteller des Instruments ist eine bekannte Berliner Großfirma. Die Herstellung geschieht nach dem modernen Bandverfahren (Fließarbeit). Dadurch ist gegenüber dem früheren Preis eine erhebliche Verbilligung erzielt worden. Von dieser Verbilligung aber merkt der Käufer nichts. Die Herstellungskosten des „Vampyr" in Fließarbeit dürften ungefähr zwischen 8,30 bis 8,70 Mark liegen. Gefordert werden aber für das Instrument, das anscheinend den richtigen Namen trägt, im Kleinhandel 110—120 Mk., wozu bei Abzahlung noch ein erheblicher Zinszuschlag kommt. Der Kleinhandelspreis beträgt also rund das 15fache der Herstellungskosten.

Dieses Beispiel ist typisch für die Art und Weise, wie in Deutschland rationalisiert wird. Bei einer solchen Auspowerung der Massen durch übersetzte Preise kann man sich nicht wundern, wenn ins Leere rationalisiert wird und die durch das rationelle Verfahren bedingte Mehrproduktion keinen Absatz findet. Der Preiskontrollstelle des Reichswirtschaftsministeriums sei dieses Beispiel mitgeteilt, um die notwendigen Recherchen zu veranlassen. Vielleicht dürften wir aber noch erleben, daß sich die „notleidende Staubsaugerindustrie" unter Berufung auf die Absatzschwierigkeiten demnächst um Staatskredite bemüht! Möglich ist in Deutschland alles.

Aus der Textilindustrie.

Der Stöhr-Konzern unter amerikanischer Kontrolle.

Bei der Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. A.-G. in Leipzig-Plagwitz haben bedeutsame Veränderungen stattgefunden. Auf Grund „freundschaftlichen Uebereinkommens" wird das langjährige Vorstandsmitglied Kurt Kuntze am 31. März d. J. von seiner Stellung zurücktreten, nachdem er bereits vor kurzem aus dem Aufsichtsrat der zum Stöhr-Konzern gehörenden Leipziger Wollkämmerei ausgeschieden ist. Dieser mehr oder weniger freiwillige Rücktritt Dr. Kuntzes ist auf Differenzen über die auswärtigen Beziehungen des Stöhr-Konzerns zurückzuführen. Der Konzern soll nämlich unter Kontrolle amerikanischen Kapitals gebracht werden. Offenbar hat diesen Bestrebungen Dr Kuntze im Wege gestanden.

Vor dem Kriege war die Kammgarnspinnerei Stöhr an der amerikanischen Textilgesellschaft Botany Worsted Mills in Passaic beteiligt. Während des Krieges wurde dieser Aktienbesitz von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt, doch scheint das deutsche Unternehmen ihn auf Umwegen über den amerikanischen Textilkonzern Botany Consolidated Mills, New York, wiedererlangt zu haben. Letztere Gesellschaft gewährte bereits 1924 der Kammgarnspinnerei Stöhr und der zu diesem Konzern gehörenden Elberfelder Textilwerke A.-G. in Elberfeld (Etag) einen Kredit von 2 Millionen Dollar.

Den jetzt sich erneut einstellenden Kredithunger des deutschen Stöhr-Konzerns haben nun die Amerikaner dazu benutzt, ihren Einfluß bedeutend zu verstärken. So ging kürzlich die Aktienmajorität der Elberfelder Textilwerke A.-G. in amerikanische Hände über. Im Zusammenhang damit übernahm der Staatsminister a. D. Dr. Gutknecht als Delegierter der amerikanischen Aktionärgruppe den Vorsitz im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft. Ferner ist für die nächste Hauptversammlung die Zuwahl von Max W. Stöhr-New York und H. von Scheel-New York in Aussicht genommen. Auch bei der Leipziger Wollkämmerei hat sich der amerikanische Einfluß bereits geltend gemacht, indem an Stelle des zurückgetretenen Dr. Kuntze Dr. Gutknecht in den Aufsichtsrat eingezogen ist. Die Amerikaner arbeiten also zweifellos darauf hin, den deutschen Stöhr-Konzern vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. Bereits jetzt ist der amerikanische Stöhr-Konzern an mehr als 30 Textilgesellschaften in Deutschland, Ungarn, der Tschechoslowakei, Italien, Holland und Lettland maßgebend beteiligt. Daß dieser Konzern, dessen Wert sich allein in Amerika auf etwa 30 Millionen Dollar beläuft, seinen wachsenden Einfluß auch in Deutschland nur zu seinem Vorteil verwendet, versteht sich von selbst. Wir fordern daher von der Verwaltung der deutschen Stöhr-Gesellschaft unverzügliche Auskunft über diese für die Allgemeinheit und die Textilarbeiterschaft im besonderen außerordentlich bedeutsamen Vorgänge.

Konkurse und Neugründungen in der Textilindustrie im Monat Januar.

Der „Spinner und Weber" bringt eine Zusammenstellung der Konkurse im Januar. Er schreibt:

„Die Konkurse in der Textilindustrie haben im Januar einen immer größer werdenden Zuwachs gegenüber den Vormonaten erfahren. Die „Reinigungskrise" im deutschen Wirtschaftsleben schreitet immer rücksichtsloser fort und ergreift von Woche zu Woche in immer größerem Umfange auch ältere und solidere Firmen. Es wurden im Monat Januar 233 Textilfirmen zum Konkurs angemeldet, von denen 4 Aktiengesellschaften, 30 offene Handelsgesellschaften, 16 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 183 Privatfirmen waren. Der Hauptteil dieser Ziffern entfällt auf Freistaat Sachsen, Brandenburg, hauptsächlich Berlin, Schlesien, Bayern, Rheinland, während die Wirtschaftszusammenbrüche im Textilgewerbe in den übrigen Provinzen geringer waren. Die stillen Liquidationen in der heimischen Textilindustrie hielten sich in denselben Grenzen wie die Vormonate Es kamen im Laufe des Januars 59 Auflösungen zur Anmeldung. Bemerkenswert ist der große Abgang von Aktiengesellschaften im Rheinland, denn von den 6 liquidierten Textil-Aktiengesellschaften im Reiche fallen allein 4 auf diese Provinz. Außerdem befanden sich unter den 59 liquidierten Textilfirmen noch 8 offene Handelsgesellschaften, 1 Kommanditgesellschaft, 19 Gesellschaften m. b. H. und 25 Einzelfirmen. — Dieser Gesamtsumme von 292 Konkursen und Liquidationen in der Textilindustrie im Januar stehen 70 Neugründungen gegenüber. Es ist hier ein ziemlich starker Rückgang im Verhältnis zur Gründungstätigkeit der vorigen Monate eingetreten. Die Hauptursache ist wohl ausschließlich in den immer größer werdenden Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung zu suchen. Unter den neugegründeten Textilfirmen befanden sich 14 offene Handelsgesellschaften, 1 Kommanditgesellschaft, 22 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 33 Privatfirmen. Die nominellen Kapitalinvestitionen bei den 22 neuen Gesellschaften m. b. H. betrugen insgesamt 783 400 Mark.

Internationale der Textilarbeiter.

(IGB.) Am 19. und 20. Dezember 1925 hielt die Exekutive der Internationale der Textilarbeiter Zürich (Schweiz) Sitzungen ab, auf denen vor allem ein Bericht des internationalen Sekretärs Tom Shaw über die Lage der Textilindustrie der Welt und im besonderen die Verhältnisse in der japanischen, chinesischen, indischen, brasilianischen und mexikanischen Textilindustrie zur Sprache kamen; ferner die Organisationsverhältnisse in diesen Ländern und die Bestrebungen, ihre Textilarbeiterverbände zum Anschluß an die Internationale zu veranlassen. Um diese Bestrebungen zu fördern und genaue Forschungen wirtschaftlicher Natur anzustellen, wird der internationale Sekretär in absehbarer Zeit eine große Reise nach diesen überseeischen Ländern unternehmen. Mit Befriedigung wurde von der Anmeldung der amerikanischen Textilarbeiter zum Beitritt in die Internationale Kenntnis genommen und die Aufnahme einstimmig gutgeheißen.

Zur Schulentlassung.

Vom ZdA. wird uns geschrieben:

In kurzer Zeit entläßt die Schule wieder viele Kinder in das Berufsleben Die Entscheidung für einen Beruf wird nicht immer leicht sein und es hat sich später oft gezeigt, daß junge Menschen für den erwählten Beruf nicht die Eignung besaßen, um den beruflichen Anforderungen völlig gerecht zu werden. Nirgendwo ist mehr Vorsicht geboten, als bei der Berufswahl. Alle Eltern, die die Absicht haben, ihre schulentlassenen Kinder dem kaufmännischen Berufe zuzuführen, wenden sich aus diesem Grunde rechtzeitig an den Zentralverband der Angestellten. Er erteilt in allen Fragen der Berufswahl kostenlose Auskunft. In über 700 Orten befinden sich Geschäftsstellen oder Gruppen des Verbandes. Sonst ist auch die Hauptgeschäftsstelle in Berlin SO. 26, Oranienstr. 40/41, zu allen Auskünften gern bereit.

Literatur.

Engels als Denker.

Am 5. August waren es dreißig Jahre, daß Friedrich Engels seine Laufbahn beschloß. Aber ebenso wie Karl Marx, dem er bis zu dessen Tode in inniger Freundschaft verbunden blieb und dessen verdienstvollster Mitarbeiter er war, ist Friedrich Engels auch heute noch das, was beide bei Lebzeiten waren: „der unentbehrliche Berater des Proletariats, der immer noch nicht ausgeschöpfte Gedankenquell, zu dem die Theorie und Politik des Proletariats sich in jeder kritischen Lage mit reichem Gewinn wendet, um ihre letzten grundsätzlichen Orientierungen wieder zu gewinnen oder doch zu kontrollieren und zu bestärken." So schreibt Max Adler in seinem soeben beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, erschienenen Buch „Engels als Denker"*). Dieses Buch, das die theoretische Leistung von Engels in ihrer geistesgeschichtlichen Bedeutung betrachtet, ist keine biographische Darstellung, sondern die Herausarbeitung des wesentlichen Grundelements in der historischen Wirksamkeit von Friedrich Engels. Hinzu kam dann zur ersten Auflage eine Abhandlung von Max Adler, „Engels und die soziale Revolution", wobei noch neue, erst seither veröffentlichte Stellen aus Briefen von Engels berücksichtigt wurden. Durch die Auswahl des Stoffes und durch seine klare, leicht verständliche Behandlung im Max Adlers Buch über die Darstellung der geistesgeschichtlichen Bedeutung von Engels hinausgewachsen und zu einer vorzüglichen Einführung in die sozialistische Gedankenwelt von Marx und Engels überhaupt geworden. Plastisch entsteht das Bild von Engels, der durch seine Erklärungen und Weiterbildungen der ihm mit Marx gemeinsamen Grundgedanken der neuen Geschichtsauffassung und Gesellschaftslehre den Zusammenhang der Theorien mit den Massen geschaffen hat. Es wäre aber falsch, in Engels nur den genialen Erklärer und Popularisierer der schwierigen Gedankenkomplexe von Marx zu sehen. Mit besonderem Nachdruck hebt Max Adler die Eigenbedeutung von Friedrich Engels im Marxismus hervor, die sich nach zwei Richtungen ergibt: Vorerst in dem, was Engels bereits vor der gemeinsamen Arbeit mit Marx an eigenen Gedankenkeimen für die Theorie des Marxismus mitgebracht, sodann, was er in der Gemeinschaft mit Marx und nach dessen Tode zur Ausbildung der marxistischen Theorie beigesteuert hat. Aus der rein philosophischen Sphäre seines Denkens verfolgen wir die Wendung zum Sozialismus, an die Stelle der Hegelschen Umwälzung des Bewußtseins durch die Bewegung des Geistes tritt der Gedanke von der Umwälzung der Gesellschaft durch die soziale Revolution.

Während uns aber Adler die Eigenbedeutung von Friedrich Engels im Marxismus erkennen läßt, führt er uns nicht nur durch dessen zum größten Teil heute noch aktuelle Schriften, sondern läßt gleichzeitig die wesentlichen Bestandteile der Marxschen Denkmethode klar werden.

*) Max Adler „Engels als Denker", Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, Pappband 3,50 Mk., Leinen 4,20 Mk.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 7. März ist der Beitrag für die 10. Woche fällig

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Apolda. Ku. Geschäftsf.: Reinhardt Gutberlet, Bernhardtstr. 27.

Nordhausen. V: Friedrich Benseler, Schützenstr. 31.

Scherfede. V: Anton Altmann, Bergstr. 168a. K: Max Stimpel, Bergstr. 182.

Gau Barmen. Kettwig. Alle Sendungen an Schörken.

Gau Augsburg. Kirchheim i. Schw. V u. K: Georg Bissinger, Bronner Lehe b. Kirchheim, Schwaben.

Kulmbach. V: Heinrich Fischer, Wolfskehle 28.

Verlorene Mitgliedsbücher.

Die Bücher auf die Namen Marta Girke, Weberin, geb. am 21. Juli 1898, eingetr. am 15. März 1921 in Sommerfeld, Buch-Nr. 1208129, und Marie Leupold, Appreturarbeiterin, geb. am 9. Oktober 1898 in Sommerfeld, eingetr. am 3. Februar 1918 in Sommerfeld, Buchnummer 1376630, sind verloren gegangen. Bei ihrem etwaigen Auftauchen sind dieselben an die Filiale Sommerfeld einzusenden.

Wilhelm Dittmann:
Die Marine-Justizmorde von 1917
und die
Admirals-Rebellion von 1918
mit den Bildnissen der beiden erschossenen Matrosen Reichpietsch u. Köbis.
Mk. 1,60 portofrei.
Fürstenabfindung?
Ein Lesebuch zum Volksentscheid von Kurt Heinig.
Organisationspreis Mk 0,50.
Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H., Abt. Buchhandlung
Berlin O. 34, Memeler Straße 8/9.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dreßel in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Beilage zum Textil-Arbeiter

Technische Grundbegriffe des modernen Textilarbeiters.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

2. Fortsetzung.

II.

Der Begriff der Arbeit führt uns nunmehr zu einem weiteren technischen Grundbegriff. Nehmen wir an, es soll irgendwo eine bestimmte Arbeit geleistet werden, beispielsweise eine Wassermenge von 1 Million Kilogramm aus einer Tiefe von 3 Metern an die Oberfläche gefördert werden. Es ist dann im ganzen eine Arbeit von 1 000 000 × 3 = 3 000 000 Meterkilogramm zu leisten. Diese Arbeit kann auf sehr verschiedene Art und Weise geleistet werden. Sie kann durch einen Arbeiter oder durch ein Pferd oder auch vermittelst einer Dampfmaschine geleistet werden. In allen drei Fällen wird schließlich ein und dieselbe Arbeitsmenge geleistet, aber in sehr verschieden langer Zeit. Der Arbeiter wird zur Ausführung der Arbeit viel mehr Zeit als das Pferd, und das Pferd wiederum viel mehr Zeit als die Dampfmaschine brauchen. Ein Arbeiter, der jene Wassermenge etwa vermittels eines Schöpfwerkes ausführen soll, leistet in einer Sekunde eine Arbeit von 3 Meterkilogramm, braucht mithin, um die ganze Arbeit von 3 000 000 Meterkilogramm auszuführen 3 000 000 : 8 = 240 000 Sekunden = 70 Sunden = (den Arbeitstag zu 8 Stunden gerechnet) nicht ganz 9 Arbeitstage. Ein Pferd jedoch, das etwa vermittels eines Göpelwerkes die Wasserförderung ausführen soll, würde mit der Arbeit erheblich schneller fertig werden; es würde, da es in der Sekunde etwa 50 Meterkilogramm zu leisten imstande ist, die ganze Arbeit in nicht ganz 14 Stunden bewältigen. Wieviel Zeit würde nun eine Dampfmaschine, die das Wasser mittelst einer Pumpe fördern soll, zu dieser Arbeit brauchen? Eine Dampfmaschine, bei welcher der Dampf mit einer Kraft von 1000 Kilogramm auf den Kolben drückt und bei welcher der Kolbenhub 0,4 Meter beträgt, leistet, wie bereits oben erwähnt, bei jedem Kolbengange 400 Meterkilogramm. Nehmen wir an, die Maschine macht in jeder Sekunde einen solchen Kolbengang, so wird sie die ganze in Betracht kommende Arbeit in 3 000 000 : 400 = 7500 Sekunden = 2 Stunden 5 Minuten geleistet haben, wobei wir der Einfachheit wegen allerdings von den Arbeitsverlusten durch innere Reibung der Maschine abgesehen haben, ein Faktor, mit dem wir uns noch befassen werden. Wir sehen also, daß ein und dieselbe Arbeit sowohl durch eine kleine wie auch durch eine große Arbeitskraft ausgeführt werden kann, nur daß die kleinere Kraft entsprechend länger tätig sein muß, d. h. entsprechend mehr Zeit braucht wie die größere, um die ganze Arbeit auszuführen. Allgemein können selbst die größten Arbeitsleistungen durch eine verhältnismäßig kleine Kraft ausgeführt werden, wenn diese nur lange genug tätig ist. Es kommt nun aber in Technik und Industrie nicht so sehr darauf an, welche Arbeit eine Kraft überhaupt leistet, sondern in welcher Zeit sie diese leistet. Nehmen wir an, ein industrieller Betrieb, etwa eine Brauerei, hat einen täglichen Wasserbedarf von 1 000 000 Kilogramm, die sie aus einer Tiefe von 3 Meter fördern lassen muß, so daß täglich für die Wasserförderung eine Arbeit von 3 000 000 Meterkilogramm zu leisten ist. An und für sich kann auch ein einzelner Arbeiter eine Arbeit von 3 000 000 Meterkilogramm leisten, er braucht hierzu aber, wie wir oben berechnet haben, etwa 9 volle Arbeitstage, kommt also, da jene Arbeitsleistung täglich auszuführen ist, hierfür nicht in Betracht, ist nicht leistungsfähig genug. Der betreffende Betrieb muß also eine Arbeitskraft verwenden, welche die fragliche Arbeit innerhalb eines Arbeitstages zu leisten imstande ist; das wären etwa zwei Pferde oder eine Dampfmaschine. Somit gelangen wir zu einem weiteren technischen Grundbegriff, nämlich dem der Leistungsfähigkeit, der sich ergibt, wenn wir die Arbeitsmenge betrachten, die eine Kraft in einer bestimmten Zeit zu leisten imstande ist. Der Arbeiter leistet in dem Zeitraum von einer Sekunde eine Arbeit von 8, das Pferd eine solche von 50 und eine Dampfmaschine von den oben genannten Maßen eine solche von 400 Meterkilogramm; die Leistungsfähigkeit des Pferdes ist also über sechsmal so groß wie die des Arbeiters, die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschine wiederum gerade achtmal so groß wie die des Pferdes oder fünfzigmal so groß wie die eines Arbeiters. Die Leistungsfähigkeit ist also die Arbeitsmenge, die eine Arbeitskraft in der Zeiteinheit von einer Sekunde zu leisten imstande ist. Die Leistungsfähigkeit ist mithin das Produkt aus Arbeit und Zeit oder, da Arbeit = Kraft × Weg ist, aus Kraft × Weg × Zeit. Der Arbeiter, der in einer Sekunde eine Arbeit von 8 Meterkilogramm leistet, hat eine Leistungsfähigkeit von 8 Sekundenmeterkilogramm (abgekürzt geschrieben secmkg), das Pferd eine solche von 50 und eine Dampfmaschine von den oben angegebenen Maßen eine solche von 400 secmkg. Nehmen wir ein anderes Beispiel. Ein Motorlastwagen hat die vierfache Leistungsfähigkeit eines Doppelgespannes, d. h., daß der Motorwagen die Arbeit, die das Doppelgespann führt, oder daß er in einem Arbeitstage viermal so viel Arbeit in einem Tage leistet, nur in dem vierten Teil dieser Zeit ausleistet wie ein Doppelgespann.

Die Einheit der Leistungsfähigkeit ist, wie bereits angegeben, das Sekundenmeterkilogramm, also die Fähigkeit, in einer Sekunde eine Arbeit von 1 Meterkilogramm zu leisten. In der Praxis erweist sich das Sekundenmeterkilogramm jedoch oftmals als zu klein, um bequem als Einheitsmaß der Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft dienen zu können. Daher verwendet man in der Praxis zumeist ein größeres Maß dieser Art, nämlich die Pferdestärke (PS oder PH), das ist die Arbeitsleistung von 75 Sekundenmeterkilogramm. Durch verschiedene Umstände ist man zur Festlegung dieses Maßes gekommen, das heute als Einheitsmaß der technischen und maschinellen Arbeit der ganzen Welt dient. Ein Arbeiter, der eine Leistungsfähigkeit von 8 Sekundenmeterkilogramm besitzt, hat also nicht ganz den neunten Teil einer Pferdestärke Leistungsfähigkeit; unsere oben angeführte Dampfmaschine von 400 Sekundenmeterkilogramm Leistungsfähigkeit hätte also 5,33 PS. Eine Pferdestärke im technischen Sinne ist übrigens ein ganzes Stück größer als die Leistungsfähigkeit eines Pferdes von Fleisch und Blut, denn ein solches leistet im normalen Arbeitsbetriebe nur etwa 50 Sekundenmeterkilogramm, also nur etwa zwei Drittel einer Pferdestärke. Unter Umständen kann jedoch ein Pferd eine ganz erheblich größere Leistung als eine Pferdestärke ausführen, allerdings nur für ganz kurze Zeit. Nehmen wir an, ein Pferd, das 12 Zentner = 600 Kilo wiegt, springt einen Meter hoch, wozu es kaum einer Sekunde bedarf, so hat es hierbei eine Arbeit von 600 × 1 = 600 Sekundenmeterkilogramm = 600 : 75 = 8 PS geleistet. Wenn es diese Arbeitsleistung allerdings ununterbrochen ausführen, also etwa den Sprung oftmals hintereinander wiederholen sollte, so würde es sehr bald erschöpft zusammenbrechen. Unter Umständen kann auch ein Mensch eine Leistungsfähigkeit von einer Pferdestärke betätigen. Nehmen wir an, ein Mann, der ein Gewicht von 75 Kilo hat und dessen Leistungsfähigkeit für gewöhnlich nur 8 Sekundenmeterkilogramm beträgt, rennt sehr schnell die Treppe hinauf, wobei er immer zwei Stufen mit einem Male nimmt. Er wird dann in einer Sekunde sehr wohl sechs Stufen steigen; sechs Stufen haben aber zusammen ungefähr die Höhe von einem Meter. Der Mann hat dann also ein Gewicht von 75 Kilo, nämlich sein eigenes Körpergewicht, in einer Sekunde um einen Meter gehoben, d. h. eine Arbeitsleistung von 75 × 1 = 75 Sekundenmeterkilogramm, also eine volle Pferdestärke, geleistet. Allerdings wird auch der Mann diese bedeutende Steigerung seiner normalen Leistungsfähigkeit nur kurze Zeit fortsetzen, d. h. die Treppe nur einige Sekunden lang in jenem Tempo hinaufrennen können und dann ganz ermattet sein. Mensch und Pferd, wie überhaupt alle tierischen Motoren, sind also, sehr im Gegensatz zu den maschinellen Motoren, einer bedeutenden Steigerung ihrer normalen Leistungsfähigkeit fähig, aber immer nur für ganz kurze Zeit, da sie ihren Kräftevorrat hierbei sehr schnell erschöpfen. Eine Dampf- oder sonstige Kraftmaschine hingegen ist zwar keiner wesentlichen Steigerung ihrer normalen Leistungsfähigkeit fähig, kann letztere jedoch ununterbrochen viel längere Zeit als die tierischen Motoren, nicht nur stunden-, sondern tagelang fortsetzen, sofern nur unterbrochene Zufuhr von Brennmaterial oder des sonstigen Betriebsmittels stattfindet. (Fortsetzung folgt.)

Aus den ausländischen Gewerkschaften.

Der Einheit entgegen!

(IGB.) Den vom Sekretär Oudegeest im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes geführten erfolgreichen Verhandlungen zur Herbeiführung der Einheit der deutschen und tschechischen Landeszentrale der Tschechoslowakei folgten in letzter Zeit auch Verhandlungen in einzelnen Berufen. So fanden am 14. und 27. Januar unter Leitung des Sekretärs der Bauarbeiterinternationale, Genossen Käppler, in Prag Verhandlungen zwischen dem Bau- und Keramarbeiterverband, dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Zentralverband der Bauarbeiter statt.

Es wurde im Hinblick auf die Vereinigung der drei vorgenannten Organisationen ein gemeinsamer Ausschuß eingesetzt. Wer die durch die kommunistische Frage besonders schwierig gestalteten Verhältnisse in der tschechoslowakischen Bauarbeiterbewegung kennt, wird diesen Beschluß als einen großen Erfolg bewerten.

Am 5. Februar behandelte nun der Vollzugsausschuß des Internationalen Metallarbeiterbundes unter dem Vorsitz von Sekretär Ilg ebenfalls die Zusammenschlußfrage, resp. die Frage der geplanten Verschmelzung des deutschen und tschechischen Metallarbeiterverbandes.

Nach eingehender Beratung wurde eine Resolution angenommen, in der konstatiert wird, daß die Vertreter der beiden Organisationen auf dem Standpunkt der Verschmelzung zu einer Einheitsorganisation stehen, und daß grundsätzlich keine Differenzen vorhanden sind.

Der Vollzugsausschuß beauftragte demzufolge die beiden Organisationen, gemeinsame Vorschläge über die künftige Verschmelzung auszuarbeiten und sie bis zum 1. Juli dem Internationalen Sekretariat einzusenden.

Auch auf dieser Seite ist also wieder ein schöner Erfolg zu verzeichnen, und es ist zu hoffen, daß es bald zu einer Lösung der Schwierigkeiten in sämtlichen Berufen kommen wird.

Jahrbuch 1926 des IGB.

(IGB.) Auch in diesem Jahre wird ein mit deutschem, französischem und englischem Text versehenes Jahrbuch des IGB. über den Stand der internationalen Gewerkschaftsbewegung erscheinen. Die Publikation enthält unter anderem die Namen, Adressen und Mitgliederzahlen aller dem IGB. und den Internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Organisationen, eine Liste der von ihnen herausgegebenen Zeitungen, eine Uebersicht der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt, eine Liste aller bestehenden Arbeiterbildungseinrichtungen, der Sektionen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der Jugend-Internationale usw., endlich ausführliche Berichte über die dem IGB. angeschlossenen Organisationen, die Wirksamkeit der internationalen Berufssekretariate, eine Uebersicht über die Hauptbestimmungen der Statuten der Landeszentralen und der Berufssekretariate usw. Der Preis des zirka 500 Seiten zählenden Jahrbuches beträgt 10 deutsche Reichsmark oder den Gegenwert in anderen Währungen. Es kann bei der Verlagsabteilung des IGB., Tesselschradestraat 31, Amsterdam, bei jeder Buchhandlung oder direkt bei folgenden Adressen bezogen werden:

Deutschland: Verlagsgesellschaft des ADGB. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstr. 6; Oesterreich: Wiener Volksbuchhandlung, Gumpendorfer Str. 17, Wien VI/I; Schweiz: Coopératives Réunies, rue de la Serre 43, La Chaux-de-Fonds; Tschechoslowakei: Ustredni Delnicki Knihkupceiol, Hybernstá 7, Praha, II; Ungarn: Volksstimme-Buchhandlung, Erzsébet krt. 35, Budapest VII; Lettland: Kulturas Balß, Merkela Str. 1, Riga.

Da nur eine kleine Auflage dieses Buches hergestellt wird, ist sofortige Bestellung zu empfehlen.

Berichte aus Fachkreisen.

Chemnitz. (Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.) Am Dienstag, den 9. Februar 1926, fand im „Volkshaus" die Generalversammlung der Ortsgruppe Chemnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt, welche gut besucht war. Kollege Florschütz gab den Geschäftsbericht über das Jahr 1925. Derselbe führte aus, daß die Geschäftslage in der gesamten Textilindustrie mit Ausnahme der Wollindustrie und der Tüllbranche im ersten Halbjahr des verflossenen Geschäftsjahres eine gute gewesen sei. Die Organisationsleitung habe demzufolge auch alles versucht, um in dieser Periode die Löhne und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Im Hinblick darauf seien von der Ortsverwaltung sämtliche Tarifverträge am 1. Januar aufgekündigt worden. Spätere Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband waren erfolglos. Durch Schiedsspruch beim Arbeitsministerium seien die Grundlöhne um 6 Proz. erhöht worden, jedoch hatte man die Akkordarbeiter von jeder Lohnerhöhung ausgeschlossen. Nachdem der Schiedsspruch von Arbeitnehmerseite abgelehnt worden war, fanden Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium statt. Mit einigen geringen Abänderungen des Schiedsspruches wurde derselbe für allgemein verbindlich erklärt. Das am 29. Dezember 1924 in Kraft getretene Arbeitszeitabkommen wurde am 1. April 1925 seitens der Verbandsleitung aufgekündigt. Verhandlungen mit den Arbeitgebern seien gleichfalls ergebnislos verlaufen, worauf vom Arbeitsministerium in Dresden ein Schiedsgericht eingesetzt wurde. Das Schiedsgericht fällte einen Spruch, wonach grundsätzlich die 48-Stunden-Woche bestehen bleibt, daß aber von Montag bis Freitag je eine Stunde Mehrarbeit mit einem Zuschlag von 5 Proz. geleistet werden könne. Ueber 53 Stunden hinaus könnte nur mit Zustimmung der Arbeiterschaft bzw. des Betriebsrates die Arbeitszeit ausgedehnt werden.

Die im Monat Juni 1925 gekündigten Tarifverträge, über die auf dem Verhandlungswege keine Einigung zu erzielen war, wurden zum größten Teil dem Chemnitzer Schlichtungsausschuß zur Entscheidung überwiesen. Diese Sprüche sahen eine Laufdauer bis Ende März 1926 vor und wurden demzufolge von Arbeitnehmerseite abgelehnt. Nur für den Bezirk Crimmitschau-Werdau wurde dem Schiedsspruch zugestimmt, da er eine wesentliche Lohnerhöhung für die Weiblichen und Jugendlichen mit sich brachte. Am 3. Juni 1925 wurden die übrigen 36 Tarifverträge von seiten der Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes aufgekündigt. Nachdem mehrmalige Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium ohne jeden Erfolg waren, reichte die Arbeiterschaft in den Baumwollspinnereien in Leipzig, Meerane, Mittweida, Flöhatal und Zwickau die Kündigung ein. Der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie hat daraufhin am 13. August beschlossen, 250 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen in Mittel- und Westsachsen auszusperren. Das Reichsarbeitsministerium hatte deshalb die Parteien zu Verhandlungen nach Berlin eingeladen. Unter Vorsitz des Stadtrats Kunze sei damals ein Spruch gefällt worden, der für die Arbeiterschaft in einer Konferenz in Leipzig für unannehmbar abgelehnt worden sei, und zwar deshalb, weil ein Teil der Akkordarbeiter von jeder Lohnerhöhung ausgeschlossen war und auch die Laufdauer des Tarifvertrages zu lang war.

Das Reichsarbeitsministerium habe die Parteien nochmals zu Verhandlungen eingeladen und sei dann ein Spruch gefällt worden, welcher die Laufdauer vom 26. März auf 12. Februar 1926 verkürzte. Desgleichen sei in der Lohnregelung eine annehmbare Basis geschaffen worden. Damit hat dieser hartnäckige Kampf zugunsten der Textilarbeiterschaft von Mittel- und Westsachsen seine Beendigung gefunden.

Im Laufe des Jahres sei es noch in den verschiedensten Textilbetrieben, meistenteils infolge Lohnreduktionen, zu Differenzen, Arbeitsniederlegungen usw. gekommen. Alle diese Differenzen seien unter Mitwirkung der Organisationsvertretung zugunsten der Arbeiterschaft geregelt worden.

Versammlungen, Sitzungen usw. haben im Berichtsjahr 642 stattgefunden. Darunter allein 59 Mitgliederversammlungen, 43 Betriebsrätesitzungen, 29 Tarif- und Lohnkommissionssitzungen, 26 Gewerbegerichtssitzungen, 38 Schlichtungsausschußsitzungen, 32 Verhandlungen mit Unternehmern usw. Hausagitationen fanden in verschiedenen umliegenden Ortschaften statt. Eine größere Anzahl Mitglieder wurde hierbei gewonnen.

Der Arbeiterinnenbewegung sei gleichfalls von der Verwaltung die größte Aufmerksamkeit zuteil geworden. Eine Anzahl von Versammlungen und belehrenden Vorträgen haben im Laufe des Berichtsjahres stattgefunden. Die einzelnen Veranstaltungen waren durchgängig gut besucht.

In der Jugendbewegung seien bislang trotz größter Bemühung wesentliche Erfolge nicht zu verzeichnen. Die Arbeiterjugend sei heute zum Teil in den politischen Parteien organisiert. Ein größerer Teil betätigt sich in den Sportvereinigungen. In der Betriebsrätebewegung sei zu konstatieren, daß im Jahre 1925 nur in 20 Proz. der Betriebe in der Textilindustrie Betriebsräte vorhanden waren. Dies sei für die Chemnitzer Textilarbeiterschaft ein unhaltbarer Zustand. Es müsse Aufgabe der Arbeiterschaft sein, daß bei der diesjährigen Betriebsratswahl mehr Betriebsräte gewählt werden als wie im vorigen Jahre. Redner weist im einzelnen auf die Nachteile hin, welche der Arbeiterschaft entstehen, wenn eine Betriebsvertretung im Betriebe nicht vorhanden ist. Es gelte, das Versäumte nachzuholen und in allen Betrieben Betriebsvertretungen im Jahre 1926 zu wählen.

Die Mitgliederbewegung schließe mit einer bedeutenden Zunahme am Ende des Jahres 1925 ab. Es müsse auch im neuen Jahre Pflicht der Kollegenschaft sein, im innigen Zusammenarbeiten mit der Verwaltung alle Kräfte anzuspannen und der Organisation neue Mitglieder zuführen. Den Bestrebungen des Unternehmertums, die auf eine Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und im großen und ganzen Verschlechterungen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft hinzielen, müsse die Arbeiterschaft eine starke geschlossene Organisation entgegensetzen. Er bittet deshalb nochmals alle Vertreter, in diesem Sinne im neuen Jahre für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, zu wirken.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Hunger. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Eine Diskussion über den Geschäftsbericht fand nicht statt.

Unter Punkt 2 erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung, der Revisoren und der Schlichtungskommission. In die Ortsverwaltung wurden als Vorsitzende die Kollegen Hermann Florschütz und Guido Görner, sowie die Kollegen Bruno Hunger und Julius Mehner als Kassierer per Akklamation einstimmig gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt: Alfred Büttner, Elisabeth Böhme, Max Irmisch, Erfenschl., Kurt Wagner, Max Müller, Grüna, Paul Leonhardt. Die Vorschläge der Kommunisten erhielten 12 Stimmen. Als Revisoren wurden per Akklamation einstimmig gewählt: Johanne Schellenberger, Friedrich Hillig, Richard Claußnitzer. In die Schlichtungskommission wurden einstimmig gewählt: Emil Richter, Max Gruhne, Julius Völk, Albin Endler.

Unter „Verschiedenes" machte Kollege Görner noch eingehende Ausführungen über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinsichtlich der bevorstehenden Betriebsratswahl und forderte die Anwesenden auf, dafür einzutreten, daß in allen Betrieben die Wahlvorstände zu dem festgesetzten Termin ernannt werden. Außerdem müßte dann im Anschluß die Aufstellung der Vorschlagsliste geschehen.

Nachdem noch eine längere Aussprache über die in den verschiedensten Betrieben erfolgten Bekanntmachungen hinsichtlich Verteilung von Flugblättern usw., welche auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes erfolgten, stattgefunden hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Eßlingen. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, dem 7. Februar d. J. in Spielberg, Gasthaus „Zur Traube", ihre diesjährige Generalversammlung ab. Für die zahlreich erschienenen Mitglieder war es eine Freude, unter Punkt 1 der Tagesordnung zu hören, wie gut sich die Filiale sowohl in geschäftlicher wie in finanzieller Hinsicht im vergangenen Jahre entwickelt hat. Die Mitgliederzahl hat sich um 108 und die Lokalkasse um rund 1000 Mk. gegenüber dem Vorjahre erhöht.

Das Vertrauen zu den Amsterdamern hat sich aufs neue gefestigt, was unter Punkt 2 der Tagesordnung (Neuwahlen) dadurch bestätigt wurde, daß die gesamte Ortsverwaltung für das neue Geschäftsjahr einstimmig wiedergewählt wurde.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete jedoch ein Referat des Kollegen Sigmund aus Reutlingen über „Kampf und Arbeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes vor und nach dem Kriege". In beinahe zweistündigen Ausführungen verstand Kollege Sigmund die Anwesenden zu fesseln. Ausgehend von den ersten Anfängen der Arbeiterbewegung, führte er im Geiste die Zuhörer vom Jahr 1848 über die Zeiten Bismarcks, Sozialistengesetz und dessen Fall zu der Gründung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Aus Polizeischikane, Sozialistengesetz und Unwissenheit der Masse schufen ausdauernde, zielbewußte Männer unsere heutige Berufsorganisation, den Deutschen Textilarbeiterverband. Reicher Beifall wurde am Schlusse dem Referenten für seine vorzüglichen Ausführungen gezollt. Nach kurzer Diskussion konnte der Vorsitzende die so schön verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband schließen.

Friedland (Bezirk Breslau). Unsere Generalversammlung war gut besucht. Kollegin Wähner gab den Kassenbericht vom 4. Quartal. Aus selbigem war zu ersehen, daß sich die Filiale in letzter Zeit gut entwickelt hat. Der Vorsitzende, Kollege Breier, gab den Jahresbericht. Im verflossenen Jahr wurden abgehalten: eine Generalversammlung, 8 Mitgliederversammlungen, 3 Betriebsrätesitzungen. Ferner fanden im Berichtsjahre drei Lohnverhandlungen statt. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres bedeutend gestiegen. Kollege Drischner vom Gauvorstand hielt einen lehrreichen Vortrag über die gegenwärtige Lage; Kredit- und Geldwirtschaft. Er fand aufmerksame Zuhörer.

Der Punkt Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Breier, 2. Vorsitzender Kollegin Hentschel, Kassierer Kollegin Wähner, Schriftführer die Kollegen Geisler und Fischer, Revisoren die Kollegen Kube, Opitz und Netschny, Kartelldelegierte die Kollegen Skopp, Ilchmann, Vogt, Jentsch und die Kolleginnen

Wolf und Scholz. In die Arbeiterinnenkommission wurden gewählt die Kolleginnen Wähner, Hentschel, Knoblich, Müller, Scholz, Kirchner, und Meuer. Der Vorsitzende vom hiesigen Gewerkschaftskartell, Kollege Wache, gibt noch einige Aufklärung über Erwerbslosenfürsorge und über eine Klage beim Gewerbegericht gegen die Firma Meyerowetz. Da keine weiteren Anträge vorlagen, schloß der Vorsitzende die von gutem Geist durchdrungene Versammlung.

Großenhain. Eine Ehrung ihrer Verbandsjubilare hatte die Verwaltungsstelle Großenhain des Deutschen Textilarbeiterverbandes am Sonnabend, den 13. Februar im Saale des Gesellschaftshauses veranstaltet. Waren doch nicht weniger als 22 Kollegen bzw. Kolleginnen, die 25 Jahre, zum Teil noch länger dem Deutschen Textilarbeiterverband angehören und die nach wie vor ihre Pflicht als Gewerkschafter tun. Musik und Gesang gaben der Feier ein besonderes Gepräge. Vom Hauptvorstand war der Kollege Joseph Feinhals-Berlin anwesend, der in einer launigen Ansprache alte Erinnerungen an Großenhain wieder aufleben ließ. Hatte er doch selbst als Weber in Großenhain gearbeitet. Er dankte den Jubilaren für ihre treue Arbeit am Verbande und stellte ihr Wirken der jüngeren Generation als besonderes Vorbild hin. Er überreichte den Jubilaren ein vom Hauptvorstand gestiftetes Diplom. Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend erfreuten die Teilnehmer noch durch Volkstänze und ein Hans-Sachs-Spiel. Auch wurden Gedichte vorgetragen. Der Arbeitergesangverein und der Frauenchor hatten sich den Textilarbeitern freundlichst zur Verfügung gestellt. Ein Tanzvergnügen hielt die Festteilnehmer noch recht lange zusammen.

Grünberg. Die am Dienstag, den 22. Februar, im großen Schützenhaussaal abgehaltene Mitgliederversammlung wurde in Anwesenheit von zirka 250 Kolleginnen und Kollegen von der Kollegin Höpfner eröffnet. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, gab die zweite Vorsitzende das Ablehen zweier Mitglieder bekannt. Es sind dies die Kollegin Anna Kruschwitz und der Kollege Robert Hörnig. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen in üblicher Weise. Nach dem Verlesen der Niederschrift erhielt Kollege Lindner das Wort zu seinem Vortrag über die gegenwärtige Wirtschaftskrise. In seinem einstündigen Referat führte er in leichtverständlicher Weise die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise den Anwesenden vor Augen. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Volksbegehren und Volksentscheid", machte der Kollege Irmler sachdienliche Ausführungen. Er forderte die Kollegenschaft auf, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann sich in die Listen einschreiben läßt. Den Bericht von der letzten Ortsausschußsitzung des ADGB. gab der Kollege Pohl. Kollege Lindner gab der Versammlung noch bekannt, daß am 20. März unser Stiftungsfest abgehalten wird. Um jedem einzelnen die Teilnahme daran zu ermöglichen, wird ein Eintrittsgeld nicht erhoben. Einlaßkarten sind nur für Mitglieder bei den Betriebskassierern und im Verbandsbureau, Seilerbahn 10, zu haben. Zu Punkt „Verschiedenes" gab Kollege Lindner noch einige Aufklärungen über die am 1. März in Kraft tretende Kurzarbeiterunterstützung. Kollegin Büttner machte auf die Jugendweihe der Freidenker am 21. März im Zentraltheater aufmerksam, des weiteren auf die Ebert-Gedächtnisfeier am 28. Februar. Zieht man eine Parallele zwischen unseren letzten Mitgliederversammlungen, so muß man feststellen, daß der Besuch immer reger wird. Hoffentlich hat unsere Textilarbeiterschaft nun bald erkannt, daß nur ein fester Zusammenschluß aller Arbeitsschwestern und -brüder unserem Ziel näherbringen kann. Vereinzelt hilft ihr nichts, vereint alles! H. P.

Kassel. Das Geschäftsjahr 1925 vor der Delegiertenversammlung. Die 6. Delegiertenversammlung tagte am Sonntag, den 31. Januar, im Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung: 1. Das Geschäftsjahr 1925 und die Wirtschaftskrise; 2. Kassenbericht und Beitragsleistung; 3. Wahl der Ortsverwaltung. Von 22 Delegierten waren 19 erschienen. Außerdem nahmen an der Tagung 10 Verwaltungsmitglieder, eine Kollegin für die Arbeiterinnenkommission und ein Kollege für die Jugendgruppe teil. Nicht erschienen waren die Delegierten der Betriebe Fröhlich u. Wolff, Kassel (zurzeit ist dessen Weberei stillgelegt) und der Blaudruckerei. Die Musikabteilung der Jugendgruppe begrüßte die Erschienenen mit klingendem Spiel. Unter den Delegierten befand sich auch ein Verbandsjubilar. Es war Kollege Karl Stärke, der einst in Langensalza zum Verbande kam. Mit Worten des Dankes und der Anerkennung überreichte ihm der Vorsitzende im Auftrage des Hauptvorstandes die Ehrenurkunde. Kollege Stärke dankte mit herzlichen Worten für die Ehrung und sprach den Wunsch aus, daß die Jungen in Treue und Hingebung für die Organisation den Alten nacheifern sollen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Kolbe. Er verwies einleitend auf den vorliegenden schriftlichen Jahresbericht und führte u. a. aus: „Wie immer war auch das Geschäftsjahr 1925 Arbeit und Kampf. Es gab viel Arbeit und viele Kämpfe, die teilweise nicht nach unseren Wünschen waren. Harte Tatsachen gingen oft über unsere Wünsche hinweg. Die Textilindustriellen waren 1925 noch mehr als vordem reaktionär eingestellt und organisationseifriger als die Textilarbeiterschaft. Dazu kam ab Oktober noch die Wirtschaftskrise. Die Arbeitszeit konnte den Industriellen nicht lang genug sein. Und diejenigen, die wohl vom Achtstundentag oder der 48-Stundenwoche reden, auch vom Verrat der Bonzen schwindeln, die aber selbst gern 53, 56 oder gar 60 Stunden pro Woche arbeiten, diese Art Textilarbeiter haben im Jahre 1925 viel Schaden angerichtet. Unter diesen Tatsachen konnten wir für die Arbeitszeitfrage keinen Angriffskampf führen, wir mußten uns auf notwendige Abwehrkämpfe beschränken. Auch diese waren nicht leicht, sie waren zuweilen sehr schwer, aber sie wurden doch mit Erfolg geführt. Ohne diese Abwehrkämpfe der Organisation gegen die Verlängerung der Arbeitszeit hätte die Ueberarbeit noch weit mehr zur Unternehmerwillkür gehört.

Der Kampf um auskömmlichen Lohn führte zu zwei Lohnbewegungen. Das Unternehmertum hatte sich zum Ziel gesetzt: Keine Lohnerhöhung mehr; es lehnte alle Lohnforderungen und zunächst auch alle Verhandlungen ab. Entgegen diesem Unternehmerwillen führten aber doch beide Bewegungen zum Erfolg. Der Spitzenzeitlohn wurde von 42 auf 51 Pfennig erhöht. Für Akkordarbeiter sollte nicht mehr der volle Zeitlohn Akkordbasis sein. Bei 51 Pfennig für Zeitlöhner wollten die Unternehmer nur 45 Pfennig als Akkordbasis geben. Um diese Frage wurde mehrere Wochen gekämpft, und auch dieser Kampf wurde mit Erfolg beendet. Mit Hilfe der gegenwärtigen Krise versuchen nun die Unternehmer zuweilen, den Tarif nicht voll zur Anwendung zu bringen. Auch bei dieser Frage gibt es Textilarbeiter, die wohl über die niedrige Entlohnung außerhalb der Betriebe schimpfen, aber nicht ihren Mut vor dem Unternehmer betätigen und ihren Tariflohn fordern. Gegen diese Elemente in der schärfsten Weise vorzugehen, ist Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, und wer die Erfüllung dieser Pflicht unterläßt, macht sich mitschuldig an den tarifschädigenden Unterlassungssünden.

Unser Kampf muß sich daher auch gegen die Krise richten. Mit Fatalismus und Kopfhängerei ist nichts getan. Auch mit Schimpfen und Klagereien kann allein nicht geholfen werden. Noch weniger mit einer organisierten Unterlassung. Der Kampf gegen die Krise muß organisiert sein. Daß die Opfer der Krise bis an die Grenze des möglichen unterstützt werden müssen, ist selbstverständlich. Dazu bedarf es weiter Organisation eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung. Die beste Hilfe für die Opfer ist der Kampf gegen die Krise selbst. Bei diesem Kampfe stehen wir auf die Kriegsfahne, aber auch auf den Internationalismus als Urheber der Krise. Die Krise der Privatwirtschaft mit ihrer Unternehmerwillkür und Profitsucht muß die Wirtschaft für das Volk, gestützt auf eine wirkliche Betriebsdemokratie, herbeigeführt werden. Ein großer Teil der unmittelbaren Krisenursachen, wie Absatz- und Kapitalmangel, könnten durch eine bessere Organisation der Warenverteilung herabgemindert werden. Aber dazu ist das alleinherrschende Unternehmertum unfähig oder unwillig. Die notwendige Betriebsdemokratie werden wir aber niemals erhalten, wenn sich die Arbeiterschaft nicht die unentbehrlichen Wirtschafts- und Betriebskenntnisse aneignet. Mit diesen kann und muß in den Betrieben die Einheit und Geschlossenheit, die Arbeiterinnen- und Jugendbewegung in jeder Beziehung gepflegt werden, und so wird dann auch der Einfluß der Betriebsvertretung gesteigert. Arbeit, Kampf und Treue müssen uns auch im begonnenen Jahre führen.

Das Referat fand allgemeinen Beifall. Kollege Dietzel gab dann den Kassenbericht. Er stellte fest, daß die vollzahlenden Mitglieder um zirka 200 im abgelaufenen Jahre gestiegen sind. Ebenso stieg der ausgezahlte Gesamtunterstützungsbetrag von 2644,10 Mk. im Jahre 1924 auf 5998,29 Mk. im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Unterstützungen wären noch weit höher, wenn alle Mitglieder die vorgeschriebene Höhe der Beiträge zahlten. Es gibt aber Kollegen, die sich einbilden, sie nützten sich, wenn sie der Organisation wöchentlich 10 oder 20 Pfennig weniger zahlen. In Wirklichkeit schädigen sie nicht nur die Organisation, sondern auch sich selbst, indem sie in gegebenem Fall eine weit niedrigere Unterstützung erhalten oder gar ihr Unterstützungsrecht einbüßen. Erfreulicherweise gibt es auch Mitglieder, die freiwillig über die statutarischen Sätze hinaus höhere Beiträge zahlen und sich dadurch entsprechend höhere Unterstützungsansprüche sichern. Diesen Kollegen sollten alle Mitglieder zu ihrem eigenen Wohl nacheifern.

Die Aussprache, die nach beiden Referaten folgte, war kurz und bewegte sich im Sinne der Referenten. Kollege Wolff beantragte, den schriftlichen Jahresbericht möglichst vor der Versammlung den Delegierten zuzustellen. Dazu erklärte sich Kollege Kolbe unter bestimmten Voraussetzungen bereit, worauf der Antrag zurückgezogen wurde. Auf Antrag der Kollegin Meckeler wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Die Wahl der Ortsverwaltung erfolgte nach kurzer Aussprache per Akklamation und wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Kolbe; 2. Vorsitzender Karl Stärke; Kassierer Dietzel; Schriftführer Herwig; Revisoren Kopp, Kollegin Meckeler und Möller; Jugendleiter Förster.

Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden fand dann nach vierstündiger Dauer die sachliche und inhaltreiche Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation ihr Ende.

Leipzig. (Bericht über die Generalversammlung.) Die Jahresversammlung fand am Donnerstag, den 28. Januar 1926, statt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Panzer. Es war daraus zu entnehmen, daß die Organisation auch im verflossenen Jahre eine gute Wehr und Waffe für die Mitglieder war. Die Löhne konnten tariflich um 10 bis 13 Proz. erhöht werden. Verschlechterungen in der Arbeitszeit sind abgewehrt worden. Obwohl das, was erreicht wurde, noch lange nicht den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entspricht, muß immer wieder festgehalten werden, daß es lediglich dem Zusammenschluß der Arbeiterschaft zu verdanken ist, wenn in der Textilindustrie tariflich geregelte Verhältnisse bestehen. Leider gibt es noch viele Unorganisierte in der Textilindustrie, die davon unverdient profitieren.

Die Mitgliederfluktuation in der Filiale ist als sehr stark zu bezeichnen, davon sprechen auch die 3000 Neuaufnahmen im Jahre. Das Kommen und Gehen der Arbeiterschaft in den Leipziger Textilbetrieben ist natürlich nicht geeignet, einer Organisation die Festigkeit zu geben, der sie unbedingt bedarf. Trotzdem ist es vorwärts gegangen. Die Beitragsleistung hat sich sowohl bei den weiblichen, wie auch den männlichen Mitgliedern erhöht. Der Kassenabschluß der Filiale ist dementsprechend als gut zu bezeichnen.

Für die kulturelle Hebung unserer Mitglieder ist viel im vergangenen Jahre getan worden. Mehrere Kurse und Vorträge wurden veranstaltet, sowie aufklärende Schriften und Zeitungen herausgegeben.

Weiter war die Filialleitung genötigt, in über 30 Fällen die Gerichte im Interesse der Mitglieder in Anspruch zu nehmen. Von diesen Klagen wurde der größte Teil gewonnen.

Bei der Wahl der Ortsverwaltung konnten die von Moskau Kommandierten, als sogenannte Opposition, es sich nicht verkneifen, der Vorschlagsliste der Vertrauensleute einige von ihren Leuten einzureihen. Die Liste der Vertrauensleute wurde jedoch mit 183 Stimmen gewählt, während die Moskauer 15 Stimmen erhielten.

Zum Schluß der Versammlung wurde den Mitgliedern noch ans Herz gelegt, auch in diesem Jahre treu und fest zu ihrer Organisation zu stehen, um allen Anstürmen gewachsen zu sein.

Plauen i. V. (Bereit zu neuen Kämpfen.) Einen vielversprechenden Anfang für das kommende Geschäftsjahr nahm die Jahres-Delegiertenversammlung der Filiale Plauen des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Trotz der Ungunst der Verhältnisse war die Versammlung gut besucht. Insbesondere waren die Außenorte gut vertreten.

Aus dem Geschäftsbericht, erstattet vom Kollegen Kohlmus, war zu entnehmen, daß die deutsche Textilindustrie das vergangene Jahr hindurch allgemein gut beschäftigt gewesen sei. Für Plauen läßt sich dies, mit Ausnahme einiger Branchen von geringerer Bedeutung, nicht sagen. Am Beginn des Jahres zählte die Filiale 73 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter und am Ende desselben 91 Proz. Guten Geschäftsgang hatten zu verzeichnen die Baumwollspinnerei, Baumwollglatt-, Damenstoff- und die Lyonischen Webereien. In allen anderen Zweigen der Textilindustrie Plauen hatte sich der Geschäftsgang zwar im Frühjahr und im Sommer gebessert, jedoch bei weitem nicht so, daß alle verfügbaren Arbeitskräfte untergebracht werden konnten. Im Spätherbst schnitt diese Besserung wie mit einem Ruck plötzlich ab. Gegen das Ende des Jahres verschlimmerten sich die Verhältnisse derart, daß es nahezu zu einem vollständigen Stillstand kam. Betriebsstillegungen über Betriebsstillegungen erfolgten, die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter nahm einen erschreckenden Umfang an.

In bezug auf Lohnbewegungen war das vergangene Jahr eines des stärksten Kampfes. Es bedurfte der ganzen Machtentfaltung der Organisation, um wenigstens einigermaßen annehmbare Erhöhungen durchzuführen. Der Kampf richtete sich nicht allein gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die staatlichen Instanzen. Erinnert sei hier an die Ende August erfolgte Kündigung von 250 000 Textilarbeitern seitens der Arbeitgeber der Westsächsischen Textilindustrie. Die erzielten Lohnerhöhungen betrugen gegenüber dem Stand vom 1. Januar 1925 16½ und 17½ Proz. Am Anfang des vergangenen Jahres trat auch ein neuer Manteltarif in Geltung, der eine bessere Regelung der Ferien und unter anderem auch die Einsetzung eines Tarifschiedsgerichts brachte.

Auch eine andere Regelung in bezug auf die Arbeitszeit wurde getroffen.

Längere Ausführungen waren den Werkvereinsbestrebungen gewidmet. Wie die Arbeiter dabei geschädigt werden, zeigte der Redner am Beispiel bei der Firma Hermann Lang, wo auch ein solcher Verein besteht und wo auch ein Werktarifvertrag abgeschlossen wurde. In verschiedenen Fällen konnte der Nachweis geführt werden, daß Arbeiter und Arbeiterinnen in dem einen Jahr des Bestehens dieses Werktarifs um 150—200 Mark weniger verdient hatten, als es der für diesen Betrieb geltende rechtsverbindliche Tarifvertrag verlangt. Ein weiterer Fall: Ein Arbeiter hat ab 15. Oktober 1925 bis Ende Januar 1926 110 Mk. weniger verdient, als er nach dem rechtsverbindlichen Lohntarif bekommen müßte. Alle Anzeichen sprechen indes dafür, daß auch diese Werkvereinsbewegung im Abflauen begriffen ist.

Der Betriebsrätebewegung wurde auch im Vorjahr die zustehende Beachtung seitens der Geschäftsleitung geschenkt, es fanden neun Betriebsrätevollversammlungen und 60 Sitzungen mit den Betriebsräten der einzelnen Betriebe statt.

Mehr noch als im Jahre 1924 hatte das vergangene Jahr die Vertretung der Kollegen und Kolleginnen vor dem Schlichtungsausschuß und dem Arbeitsgericht gefordert. Im ganzen waren es 146 Fälle, die zu vertreten waren und die bis zu 90 Proz. mit Erfolg für die Mitglieder durchgeführt werden konnten.

Die Jugend- und Frauengruppe der Filiale kann auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Die letztere hat mit verschiedenen öffentlichen Vorträgen die Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen zum Vorteil der Organisation auf sich gezogen.

Versammlungen, Sitzungen, Konferenzen fanden im ganzen 681 statt. Flugblätter und Handzettel wurden 92 436 ausgeteilt. Die Mitgliederbewegung weist den Verhältnissen entsprechend eine befriedigende Entwicklung auf. Der im Druck vorgelegte Kassenbericht zeigt eine Jahreseinnahme von 131 411,85 Mk.

Die Berichte fanden in der Diskussion eine sachliche Würdigung. Von den Kommunisten wurde ein Antrag eingereicht, der von der Geschäftsleitung verlangte, daß im Monat Februar eine Mitgliederversammlung einberufen werde, in der ein Teilnehmer der Rußland-Delegation über Rußland sprechen soll. Dieser Antrag wurde auf Antrag der Ortsverwaltung gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die Wahlen der Funktionäre für die Ortsverwaltung ergaben gegenüber dem Vorjahr nur geringe Abweichungen. Wohl hatten die Kommunisten auch Vorschläge gemacht, aber trotz der lebhaftesten Bemühungen konnten sie für ihre einzelnen Kandidaten nur eine Stimmenzahl von 2 bis 26 erreichen, während die Vorschlagskommission 90 bis 101 Stimmen auf sich vereinigte.

Der sachliche Verlauf der Versammlung und der ernstlich bekundete Wille aller Anwesenden zur Mitarbeit berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Die organisierte Textilarbeiterschaft wird sich durchsetzen, allen Hindernissen zum Trotz.

Reichenbach i. V. Die Textilarbeiter-Hauptversammlung am 2. Februar hatte den Versammlungsraum des Volkshauses überfüllt. Kollege Schmidt erstattete den Jahresbericht für das Jahr 1925. Daraus ist festzuhalten: Durch die stattgefundenen Agitationstouren konnte bis jetzt noch nicht zurückgeholt werden, was an Mitgliedern verloren wurde. Die Einsicht ist aber bereits bei vielen wieder eingekehrt, daß ohne gewerkschaftliche Organisation die Ausbeutung der Unternehmer nur erleichtert wird. Aus der Betriebsrätebewegung ist zu erkennen, daß viele Belegschaften den Wert des zwar Kompromißcharakters tragenden Betriebsrätegesetzes nicht voll ausnützen. Dieses muß besser werden. Es wurden zahlreiche Gewerbegerichtsklagen mit Erfolg für die Arbeiterschaft anhängig gemacht. Die traurige Tatsache ist leider zu verzeichnen, daß in Webereien nicht genügend auf die Einhaltung des Tarifes geachtet wird und dadurch den Unternehmungen wöchentlich Tausende von Mark geschenkt werden. Tarifverhandlungen fanden 31 statt. Während des Berichtjahres mußten drei Streiks geführt werden. Auf alle Löhne sind im Laufe des Jahres durchschnittlich 20 Proz. Erhöhungen gekommen. Der Arbeitgebermut fand eine Niederlage in der Zivilklage Würker gegen Kollegen Schmidt, wobei letzterer freigesprochen wurde. An insgesamt 538 Sitzungen und Versammlungen beteiligte sich die Geschäftsleitung.

Kollege Müller berichtete über Kasse und Mitgliederbewegung. Im vergangenen Jahre ist eine Mehreinnahme von 10 000 Mk. gegenüber 1924 zu verzeichnen. Der Lokalkassenbestand hat sich verdoppelt. An diesem finanziellen Aufstieg ist eine Festigung des Vertrauens zur Gewerkschaft zu erkennen, was wankelmütige Unorganisierte doch endlich wieder zur Besinnung bringen sollte. Je eher der Anschluß jedes Fernstehenden kommt, um so schneller und wirksamer können die verschiedenartigen Angriffe der Unternehmer und ihrer Verbände abgewehrt werden. Der Gedanke, die Organisation ist die beste Sparkasse, welche auch die höchsten Zinsen bringt, wird immer mehr zur Tatsache und immer besser verstanden. Bei der Mitgliederbewegung wird festgestellt, daß eine Stabilität im Mitgliederstande eingetreten ist. Die vielseitige Arbeit konnte nur mit Hilfe der Funktionäre bewältigt werden, wofür ihnen Dank gebührt. Möge die selbstlose Aufopferung der Funktionäre für die Gewerkschaft Nachahmung unter allen Mitgliedern finden. Kollege Walther von der Opposition war mit der Arbeit der Verwaltung einverstanden, stellt aber doch die Vorschläge der Kommunisten als solche hin, die besser zum Ziele führten. Wir streiten darüber nicht, sondern lassen nur die Erfolge der bisher geleisteten Oppositionsarbeit der Kommunisten an dem Geiste der denkenden Mitglieder vorüberziehen.

Die Neuwahl zum Vorstand trug den Sieg die Liste der Anhänger der Amsterdamer Internationale mit 217 Stimmen davon.

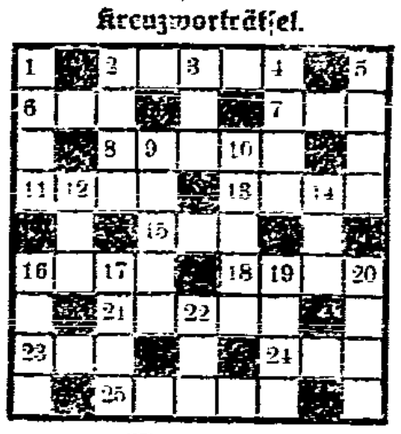
Kollege Schmidt berichtete dann noch über die stattgefundenen Tarifverhandlungen für die Wollwebereien. Was für unmöglich gehalten wurde, ist inzwischen zur Möglichkeit geworden. Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedsspruch für Festlegung der 48-Stunden-Woche bis Juni 1926 für allgemeinverbindlich erklärt. In der Lohnfrage ist die Verbindlichkeit versagt worden, da das Reichsarbeitsministerium glaubt, daß es zu keinem Streit wegen Lohn bis Ende Februar kommt. Er kritisiert die unsinnigen Redereien in den Spinnereibetrieben, wonach ein 25prozentiger Lohnabbau eintreten soll; da derartige Abmachungen nicht bestehen, ist dieses Gerede haltlos. Die organisierte Kollegenschaft darf darauf nicht hereinfallen, sondern muß mit aller Kraft die noch sehr verbesserungsbedürftigen Löhne in den Spinnereien in die Höhe bringen helfen.

Ueber das eingerissene Strafsystem in einzelnen Betrieben ist zur Aufklärung zu sagen: Bei einem Verdienst unter 30 Mk. pro Woche dürfen außergesetzliche Abzüge nicht gemacht werden. Für Familienväter mit Frau und Kindern erhöht sich die Verdienstgrenze entsprechend. Alle Abzüge müssen vor dem Gewerbegericht ausgeklagt werden, wozu die Hilfe der Organisationsleitung gewährt wird.

Beim Aussetzen der Betriebsräte ist in Streitfällen auf das Betriebsrätegesetz hinzuweisen. Ein Kollege schildert die miserablen Entlohnungszustände der Weberschaft bei der Firma Floß in Netschkau i. V., die Angelegenheit wird weiter verfolgt. — Kollege Wenig ermahnt die Anwesenden, die Abonnentensammler für eine Wohlfahrtszeitung entschieden zurückzuweisen, denn die gewerkschaftliche Versicherung ist die Volksfürsorge. Mit einem Appell, tüchtig zur Stärkung der Organisation und allen Arbeiterinstituten beizutragen, wurde die Versammlung geschlossen.

Rätselecke.

Kreuzworträtsel.



Wagerecht:

2 Landstrich. 6 Kanton. 7 Strauß. 8 Stadt in Belgien. 11 männl. Vorname. 13 engl. Adelstitel. 15 Zustand. 16 Baum. 18 Teil. 21 Sturm. 23 Münze. 24 weibl. Vorname. 25 Stadt in Frankreich.

Senkrecht:

1 Gewebe. 2 körperliches Organ. 3 Kirche. 4 röm. Kaiser. 5 Gesichtsteil. 9 Blume. 10 Begriff. 12 Fluß i. Rheinl. 14 Farbe. 16 altes Längenmaß. 17 Fluß in Frankreich. 19 Pflanze. 20 bibl. Person. 22 Uferstraße.